

# E+Z

ENTWICKLUNG UND  
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND  
COOPERATION

D+C

Internationale  
Zeitschrift

ISSN  
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2022 02

## CORONAVIRUS

Wie sich die Pandemie  
bislang auf Afrika  
niedergeschlagen hat

## WAHLEN

Politische Perspektiven  
in Bolivien und Peru  
nach linken Siegen

## KLIMAPOLITIK

Wissenschaftler stellen  
sich gegen solares  
Geoengineering



# Nachhaltig neu starten

## Editorial

- 3 **HANS DEMBOWSKI**  
Was globale Krisen erfordern

## Magazin

- 4 **BEN EZEAMALU**  
Auswirkungen von Covid-19 auf Afrika
- 5 **JÖRG DÖBEREINER**  
Humanitäre Katastrophe in Afghanistan
- 6 **ANKE SCHWARZER**  
Hamburger Museum gibt wertvolle Kunstobjekte aus der Kolonialzeit an Nigeria zurück
- 9 **SUSANNE STOLLREITER**  
Linksgerichtete Präsidenten regieren in Peru und Bolivien
- 11 **SABINE BALK**  
Blue Action Fund zieht positive Bilanz
- 12 **IMPRESSUM / THUANY RODRIGUES**  
Heutzutage: Corona-Burnout in Brasilien

## Debatte

- 13 **KARIM OKANLA**  
ECOWAS verhängt Sanktionen gegen Militärregime in Mali wegen Verschiebung von Wahlen
- 14 **IMME SCHOLZ**  
Weshalb Stimmen aus der Wissenschaft fordern, solares Geoengineering international zu ächten

- 16 **JAVIER A. CISTERNA FIGUEROA**  
Die Auswahl von Kabinettsmitgliedern zeigt, was Chiles neu gewählter Präsident vor hat

- 17 **HANS DEMBOWSKI**  
Gefahr droht, wenn historische Wahrheiten politisch unterdrückt werden

## Schwerpunkt: Nachhaltig neu starten

- 20 **INTERVIEW MIT DAVID MFITUMUKIZA**  
Geld ist nicht alles – es muss auch dahin fließen, wo es gebraucht wird

- 22 **JOSÉ SIABA SERRATE**  
In Lateinamerika und der Karibik braucht es langfristiges Denken

- 25 **INTERVIEW MIT SALEEMUL HUQ**  
Das globale Finanzszenario ist „komplett unfair“

- 27 **WANJOHI KABUKURU**  
Klimaschäden und traditionelle Überlebensstrategien

- 28 **KATIE CASHMAN**  
Bidens „Build Back Better“-Politik weist in die richtige Richtung, steckt aber im US-Senat fest

- 31 **JÖRG DÖBEREINER**  
Wie die neue Bundesregierung ihre Klimaziele erreichen will

- 32 **SABINE BALK**  
Fachliteratur: Maja Göpel über die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft

### SCHWERPUNKT

## Nachhaltig neu starten

Weltweit stehen Regierungen vor einer doppelten Aufgabe: Sie müssen sowohl aus dem Tal der Corona-Pandemie herausfinden als auch den Wandel hin zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz vorantreiben. Krisen sind immer auch Chancen, heißt es, allerdings sieht es momentan leider nicht so aus, als würden kurz- und langfristige Chancen ergriffen. Dabei braucht die Menschheit dringend einen nachhaltigen Neustart.

**Titelseite:** Naturnahe Lösungen sind wichtig: Aufforstung in Peru.  
**Foto:** picture-alliance/AP Photo/Rodrigo Abd







**Unser Schwerpunkt zum**

**Thema langfristig sinnvolle Konjunktur- und Wirtschaftspolitik beginnt auf Seite 19. Er ist für die Erreichung sämtlicher UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung relevant (Sustainable Development Goals – SDGs).**

einträchtigt. Höhere Zinsen werden zudem Investitionen teurer machen, die Lieferketten wieder geschmeidig machen könnten.

Die Notenbanker stehen aber unter Druck, also sind Zinserhöhungen wahrscheinlich. Fest steht jetzt schon, dass der Handlungsspielraum ärmerer und oft hochverschuldeter Staaten dadurch noch kleiner werden wird. Neue IWF-Sonderziehungsrechte schaffen eine gewisse Abhilfe, reichen aber nicht – und kommen Ländern mit hohem Einkommen auch besonders zugute. Sie sollten ihren Anteil an bedürftigere Staaten weiterreichen (siehe Kathrin Berensmann in unserer E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2021/10).

Angesichts der globalen Herausforderungen braucht die Weltgemeinschaft kohärente Politik. Kristalina Georgieva, die Chefin des chronisch umstrittenen IWF, zeichnet sich bislang in multilateralen Kontexten durch besonders kluge Politikvorschläge aus. Hören ihr nationale Spitzenpolitiker zu? Davon hängt unser aller Zukunft ab.

## Was globale Krisen erfordern

Die Weltgemeinschaft ringt mit großen Problemen – allen voran Covid-19 und Klimakrise. Wir brauchen international koordinierte Politik, erleben aber engstirnigen Nationalismus.

Nach der Pleite von Lehman Brothers entstanden 2008 die G20 als informelles Forum für die Spitzenpolitiker der 20 größten Volkswirtschaften zum Zweck internationaler Abstimmung. Streitigkeiten zwischen großen Schwellenländern und etablierten Wirtschaftsmächten wirkten jedoch bald lähmend, und seither sind die Spannungen weiter gewachsen.

Die Natur interessiert sich jedoch nicht für Machtpolitik. Ohne multilaterale Kooperation lassen sich die größten Menschheitsprobleme nicht lösen.

Leider sind auch formelle multilaterale Institutionen den Aufgaben nicht gewachsen. Ihre Landschaft ist fragmentiert. Die Weltgesundheitsorganisation soll sich um Krankheiten kümmern, aber für Pharmapatente ist die Welthandelsorganisation zuständig. Das ist ein Grund, weshalb Impfungen in benachteiligten Weltgegenden zu langsam vorankommen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist für makroökonomische Stabilität zuständig, aber für Entwicklung sind es die Weltbank und das UN-Entwicklungsprogramm. Ökologische Aufgaben haben das

UN-Umweltprogramm sowie die Sekretariate der UN-Konventionen über Biovielfalt, Wüstenbildung und Klimawandel. Kohärente Politik entsteht so nicht.

Wenn es um Finanzen geht, wird es noch unübersichtlicher, weil bilaterale Geldgeber multilaterale Arbeit ergänzen. In den vergangenen zwei Jahren haben Länder mit hohem Einkommen gewaltige Konjunkturprogramme zur Rettung ihrer Volkswirtschaften beschlossen. Großzügige Impfkampagnen haben den Aufschwung zusätzlich befeuert. Für Länder mit niedrigem Einkommen war derlei unbezahlbar.

Laut UN-Daten summierten sich Konjunkturprogramme weltweit bis März 2021 auf 16 000 Milliarden Dollar. Auf die G20 und weitere 10 große Volkswirtschaften entfielen davon laut Fachleuten der internationalen Beraterfirma Vivid Economics 14 900 Milliarden; sie nutzen nicht einmal 1 800 Milliarden Dollar für ökologische Nachhaltigkeit. Das muss besser werden – aber die Zeichen deuten auf Verschlimmerung hin.

Angesichts hoher Inflation bereiten Zentralbanken in reichen Weltgegenden Zinserhöhungen vor. Was das bringen soll, ist unklar. Besonders schnell stiegen zuletzt globale Energie- und Lebensmittelpreise, auf welche nationale Zinspolitik wenig direkten Einfluss hat. Zum Teil wird Nahrung auch teurer, weil die Klimakrise Ernten be-



**HANS DEMBOWSKI**  
ist Chefredakteur von **E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit/D+C Development and**

**Cooperation.**

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

Wer E+Z/D+C regelmäßig liest, schätzt den bengalischen Klimaforscher Saleemul Huq vermutlich schon lange. Vor einigen Jahren zog er von London nach Bangladesch zurück, um dort den wissenschaftlichen Nachwuchs auszubilden. Er leitet nun in Dhaka an einer Privathochschule das International Centre for Climate Change and Development. In dieser Ausgabe äußert er sich zu Klimakrise und globaler Finanzierungslandschaft. Das Interview steht auf Seite 25.



► **Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.**



Krankenpflegerin in Kenia bereitet eine AstraZeneca-Impfung vor, Januar 2022.

COVID-19

## „Das Virus ist überall“

**In Afrika sind Corona-Todesraten niedrig, die Impfquoten allerdings auch. Künftige Viruswellen könnten den Kontinent härter treffen – dabei hat der Einbruch der Wirtschaft schon jetzt viel Leid verursacht.**

Von Ben Ezeamalu

Nachdem die Corona-Fallzahlen in Afrika in der zweiten Januarwoche 2022 die 10-Millionen-Marke rissen, sehen sich Gesundheitsbehörden gezwungen, die Strategie zu wechseln. Bis zum 12. Januar waren 10,2 Millionen Fälle erfasst, darunter 232 770 Tote und 9,2 Millionen Genesene, wie das Africa Centre for Disease Control (Africa CDC) berichtet. Spitzenreiter unter den Ländern ist Südafrika mit 3,5 Millionen Fällen, gefolgt von Marokko und Äthiopien mit einer Million beziehungsweise 450 000 Fällen.

Da die Fallzahlen weiter steigen, sprechen Experten davon, dass das Virus endemisch wird. Das bedeutet, es kommt dauerhaft gehäuft vor – nicht aber, dass es deswegen harmlos wäre. Beispielsweise ist auch Malaria in Afrika endemisch.

„Wir haben uns vom Eindämmungsdenken verabschiedet“, sagt John Nkengasong vom Africa CDC. „Das Virus ist überall.“ Ein Lichtblick ist laut dem Gesundheitsexperten, dass Impfungen helfen. Wer geimpft ist, kann zwar erkranken, aber muss mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht ins Krankenhaus. Nkengasong fordert, sowohl Impfungen als auch Corona-Tests auszuweiten.

Leider sind die Impfprogramme in Afrika nicht nennenswert vorangekommen. Verglichen mit anderen Weltregionen, sind die Impfquoten katastrophal niedrig. Von den knapp 8 Milliarden Dosen, die bis Mitte Januar weltweit verimpft wurden, fallen nur drei Prozent auf afrikanische Länder, wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) berichtet. Bislang haben nur etwa acht Prozent der afrikanischen Bevölkerung den vollen Impfschutz. In Ländern mit hohem Einkommen liegen die Quoten zwischen 60 und mehr als 90 Prozent.

Immerhin: Die Impfstoffversorgung hat sich in Afrika verbessert. Im Januar standen den Gesundheitsbehörden mehr als 500 Millionen Dosen zur Verfügung. Exper-

ten forderten die nationalen Regierungen auf, sich nachdrücklich für die Verteilung der Impfstoffe einzusetzen. „Wir befinden uns in einem entscheidenden Moment“, sagte Richard Mihigo von der WHO.

### ZU NAHE AM VERFALLSDATUM

Viele Herausforderungen liegen auf der Hand, darunter mangelnde Finanzierung, Fachkräftemangel, unzureichende Kühlketten und zu wenig digitalisierte Datenverarbeitung. Hinzu kam, dass wohlhabende Länder überschüssigen Impfstoff schickten, der nahe am Verfallsdatum war. Dass die meisten der gespendeten Arzneimittel eine kurze Haltbarkeit hätten, berichteten in einer Stellungnahme Ende des vergangenen Jahres auch zwei wichtige Organisationen: der African Vaccine Acquisition Trust, eine Behörde der Afrikanischen Union, und das WHO-Programm COVAX, das steht für „Covid-19 Vaccines Global Access“.

Tatsächlich mussten afrikanische Länder mehrfach abgelaufenen Impfstoff wegwerfen. Malawi machte eine entsprechende Ankündigung im April 2021 (siehe Nowadays von Raphael Mweninguwe in der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2021/08). Im Dezember entsorgte Nigeria mehr als eine Million abgelaufene Dosen von AstraZeneca. Im Januar erklärte das Gesundheitsministerium in Uganda, dass 400 000 Dosen, die meisten von Moderna, unbrauchbar geworden waren.

Adhere Cavince, ein kenianischer Intellektueller und Experte für internationale Beziehungen, sagt, abgelaufene Impfstoffe an Afrika zu spenden stehe im Widerspruch zur Solidaritätsrhetorik der Regierungen in der Pandemie. Die einzige Möglichkeit für afrikanische Länder, hinreichenden Zugang zu Impfstoffen zu erhalten, besteht seiner Ansicht nach darin, die Produktion vor Ort zu fördern (siehe Mirza Alas in der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2021/12).

Positiv zu bewerten ist, dass die Covid-Todesraten in afrikanischen Ländern unter denen anderer Weltregionen liegen. Die genauen Gründe dafür sind noch nicht hinreichend erforscht. Höchstwahrscheinlich spielt das geringe Durchschnittsalter in afrikanischen Ländern eine Rolle. Andere Gründe sind das heiße Klima und dass viele Menschen in ländlichen, dünn besiedelten Gegenden leben. Außerdem wird angenommen, dass sich viele Menschen in Af-

rika an die Hygieneregeln gehalten haben. Andererseits sind die finanziell und personell schlecht ausgestatteten Gesundheitssysteme vermutlich daran gescheitert, alle Corona-Infektionen zu diagnostizieren und zu erfassen – insbesondere in entlegenen Gegenden.

Frühzeitige Lockdowns haben wohl auch geholfen – aber der Preis für die Wirtschaft war hoch. Laut Weltbank schrumpfte Afrikas Wirtschaft 2020 um 3,3 Prozent, nach 2,4 Prozent Wachstum im Vorjahr. Der Kontinent stürzte damit in die erste Rezession seit 25 Jahren. Armut und Ungleichheit haben sich verschärft (siehe beispielsweise den Beitrag von Ronald Ssegujja Ssekandi über Uganda in der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2021/12).

Der Einbruch der Weltwirtschaft, Reiseverbote und Störungen in internationalen Lieferketten haben auch Afrika getroffen. Die Exporte und Importe lagen 2020 schätzungsweise ein Drittel unterhalb der Werte von 2019, dem Jahr, bevor die Pandemie den Kontinent erreichte. Die Internationale Luftverkehrsvereinigung (International Air Transport Association) schätzt, dass afrikanische Airlines wegen Covid-19 bis März 2020 mehr als 4 Milliarden Dollar Umsatz verloren.

Die Omikron-Variante, verantwortlich für die vierte Covid-Welle, wurde im dritten Quartal 2021 in Südafrika entdeckt. Nach einem sechswöchigen Anstieg der Infektionszahlen in Afrika ist die Kurve nach WHO-Angaben mittlerweile weitgehend

abgeflacht. Gleichwohl sind die Fallzahlen in Nord- und Westafrika immer noch hoch. Hospitalisierungs- und Todesraten blieben glücklicherweise niedrig.

Matshidiso Moeti, die Regionaldirektorin der WHO für Afrika, sagt, die vierte Welle sei kurz gewesen, dafür steil und trotz allem destabilisierend. „Die nächste Welle könnte nicht so nachsichtig sein“, warnt sie. In ihren Augen ist die Impfung die entscheidende Gegenmaßnahme. Deshalb müssten die entsprechenden Programme Fahrt aufnehmen.



**BEN EZEAMALU**  
arbeitet als Journalist für die Premium Times in Lagos.  
[ben.ezeamalu@gmail.com](mailto:ben.ezeamalu@gmail.com)  
Twitter: @callmebenfigo

HUMANITÄRE HILFE

## Rekordsumme für Afghanistan

**Zur Bekämpfung der anhaltenden humanitären Krise hat die UN zu massiver finanzieller Unterstützung aufgerufen.**

Von Jörg Döbereiner

Für Afghanistan sollen 2022 insgesamt 4,4 Milliarden US-Dollar an Finanzhilfen zusammenkommen. Laut UN-Nothilfekoordinator Martin Griffiths ist es der bislang größte Aufruf für humanitäre Unterstützung für ein einzelnes Land. Die Bevölkerung benötigte Hilfe in nie dagewesenem Ausmaß, heißt

es in einem Report des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs – OCHA).

In dem im Januar veröffentlichten Papier namens Afghanistan Humanitarian Response Plan 2022 heißt es, dass 24,4 Millionen Menschen in dem Land auf Hilfe angewiesen seien. Das ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung.

Neben gewaltsamen Konflikten wurde Afghanistan in den vergangenen vier Jahren von zwei schweren Dürren getroffen.

Laut OCHA ist Afghanistan mittlerweile das Land, in dem weltweit die meisten Menschen unter Ernährungsunsicherheit leiden. Mehr als einem von zwei Kindern unter fünf Jahren drohe akute Mangelernährung und letztlich der Tod, wenn nicht schnell gehandelt werde, warnt OCHA.

Afghanistan war bereits vor der Machtübernahme durch die Taliban im Sommer 2021 auf ausländische Hilfe angewiesen. Als diese Unterstützung ausblieb, verschärfte sich die Situation (siehe Kasten zum Beitrag von Hamed Sarfarazi im Schwerpunkt der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2021/12).

Alein 2021 habe der Konflikt knapp 700 000 Menschen zu Binnenflüchtlingen gemacht, so OCHA. Seit 2012 lebten knapp 9,2 Millionen als Geflüchtete. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Filippo Grandi, forderte zusätzlich Spenden in Höhe von 623 Millionen US-Dollar, um Geflüchtete und Gastgemeinden in fünf Nachbarländern Afghanistans zu unterstützen. Geschätzte 5,7 Millionen ins Ausland geflohene Afghanen benötigen Hilfsleistungen.



**Hilfslieferung in Afghanistan, Januar 2022.**

**LINK**

**Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) zu Afghanistan:**  
<https://www.unocha.org/afghanistan>

**JÖRG DÖBEREINER**

ist Redakteur von E+Z/D+C.  
[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)



## RESTITUTION

# Die Rückgabe der Benin-Objekte

Mit einer Ausstellung verabschiedet sich das Hamburger Museum am Rothenbaum – Kulturen und Künste der Welt (MARKK) von Kunstwerken aus dem alten Königreich Benin, die in der Kolonialzeit geraubt wurden. Die ersten Artefakte sollen in diesem Jahr an Nigeria zurückgegeben werden.

Von Anke Schwarzer

Die Ausstellung zeigt 179 historische Kunstwerke aus Bronze, Elfenbein und Holz, die aus der alten Stadt Benin stammen und der Königsfamilie gehörten. Noch in diesem Jahr sollen sie zusammen mit rund 1000 weiteren Objekten aus Beständen anderer deutscher Museen an Nigeria zurückgegeben werden (zur Restitutionsdebatte siehe Beitrag von Sabine Balk im Magazin der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2021/11).

Wie in der Ausstellung in einer Chronik dokumentiert, fordern der Staat Nigeria und das heute noch existierende Königshaus Benin seit Jahrzehnten die gestohlenen Werke von Museen in Europa und den USA zurück. „Es ist höchste Zeit, dieses Unrecht wiedergutzumachen“, sagte der Generaldirektor der nigerianischen National Commission for Museums and Monuments, Abba Isa Tijani, bei der Eröffnung und fragte: „Warum sollten wir diesen großen Fehler der Kolonialzeit billigen?“ Er lobte die Ausstellung, sie sei der Beginn der Rückkehr der Benin-Bronzen nach Nigeria.

Die Rückgabeankündigung aus Hamburg wirkt laut Tijani wie ein Katalysator für Verhandlungen mit anderen Museen.



Die Bedeutung könne gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Er freue sich sehr auf die zukünftige Kooperation mit deutschen Museen und die neuen Formen der Zusammenarbeit, so Tijani.



Gedenkköpfe von Königen des alten Benins, Gelbguss einer Werkstatt der Bronzegießergilde Igun Eronmwon.

Entstanden sind die Artefakte in verschiedenen Jahrhunderten am Hof von Benin. Die Adeligen bezahlten Kunsthandwerker für die Darstellung wichtiger Ereignisse in der Geschichte des Königreichs. In aufwändigen Bronzeskulpturen und Schnitzwerken aus Elfenbein und Holz hielten sie die Thronfolgen fest oder zeigten den Handel mit portugiesischen Seefahrern. Manillas, Armreife aus Messing und Kupfer, waren Zahlungsmittel und wurden ebenfalls auf den Bronzeplatten, die meist aus der Zeit des 16. und 17. Jahrhunderts stammen, dokumentiert. Die Direktorin des MARKK, Barbara Plankensteiner, stuft die Objekte

als „herausragende Kunstwerke von weltgeschichtlichem Rang“ ein.

Ein Teil des Messings, so zeigt die Ausstellung anhand einiger Objekte, stammte auch aus zentraleuropäischen Förderstätten und gelangte im 16. Jahrhundert über Handelsfirmen aus deutschen Landen über Hamburg und Antwerpen nach Westafrika. Die Beniner Herrscher tauschten das kostbare Metall gegen Elfenbein und Gewürze – und auch gegen in Kriegen verklavte Menschen. Letztere wurden auf den Skla-

venmarkt im portugiesischen Lagos und später auf die Plantagen in die Karibik verschleppt.

Die Hamburger Ausstellung zeigt Fotos, die den Raub der Kunstwerke aus Benin Ende des 19. Jahrhunderts dokumentieren. Mit Maschinengewehren griff 1897 eine Truppe britischer Soldaten die Stadt an. Schon lange war das britische Empire erpicht darauf, freien Zugang zur Stadt und zum Handel zu bekommen – und den König abzusetzen. Die Militärs wussten um die vorhandenen Schätze und planten das Raubgut zur Finanzierung des Angriffs ein. Kurze Zeit nach der bri-

tischen Invasion tauchten die Kunstwerke in London und Hamburg auf. Insgesamt sollen 3000 bis 5000 Objekte geplündert worden sein.

### ERFORSCHUNG DER HANDELSNETZWERKE

Ein weiterer Aspekt der Ausstellung widmet sich den damaligen Handelsnetzen: Gaiser, Umlauff, Konietzko, Brinkmann lauten einige Namen von Personen und Handelshäusern. Sie sind mit Pfeilen untereinander, aber vor allem mit dem Völkerkundemuseum, dem heutigen MARKK, verbunden. Diese Installation sieht wie eine Polizei-Pinnwand aus, die Zielfahnder angelegt haben, um einem Fehlernetzwerk auf die Spur zu kommen.

Doch die Polizei hat nie in diesem Fall ermittelt. Unbehelligt haben sich Kapitäne, Kolonialbeamte und Kaufleute am

Verkauf der gestohlenen Objekte bereichert. Erst heute beginnen Museen und Wissenschaft diese Handelsnetzwerke zu erforschen. Alle Werke des weltweit verteilten Raubgutes will man zumindest digitalisieren und auf der neuen Online-Plattform „Digital Benin“ veröffentlichen. Diese Datenbank soll auch als eine Basis für eine Ausstellung des geplanten Edo Museum of West African Art (EMOWAA) in Benin-Stadt dienen.

Hamburgs Kultursenator Carsten Brosda verbindet mit dieser Ausstellung „das klare Versprechen, dass alle sich in Hamburg befindenden Benin-Objekte restituiert werden“. Allerdings könne Hamburg als Bundesland nicht allein über die Rückgabe entscheiden, da zwei Staaten an dem Verfahren beteiligt sind. Es könne aber Vorbereitungen treffen, wie etwa die Eigentumsübertragung in den Hamburger

Stadthaushalt einzupflegen. Den Wert der Artefakte habe man auf 60 Millionen Euro taxiert. Die Ausstellung soll so lange in Hamburg laufen, bis einzelne oder alle Objekte zurückgegeben sind.

Das MARKK beschäftigt sich intensiv mit Fragen rund um Herkunft, Urheberchaft und die Restitution von Objekten aus der Kolonialzeit (siehe dazu auch meinen Beitrag im Sommer Special der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2021/08).

---

#### LINK

Digital Benin:

<https://digital-benin.org/>

---

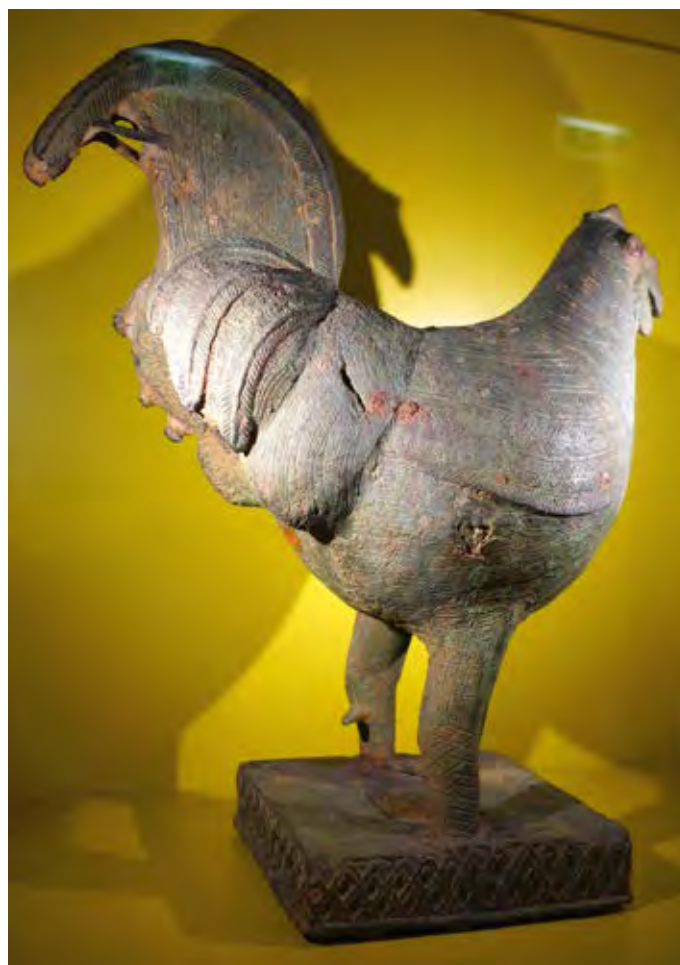
#### ANKE SCHWARZER

ist freiberufliche Redakteurin und arbeitet als Dozentin in der historisch-politischen Erwachsenenbildung.

[hallo@ankeschwarzer.com](mailto:hallo@ankeschwarzer.com)

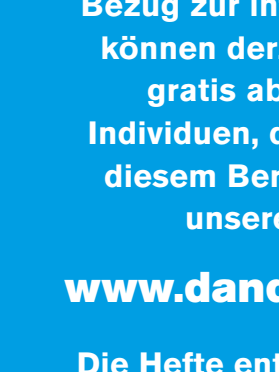
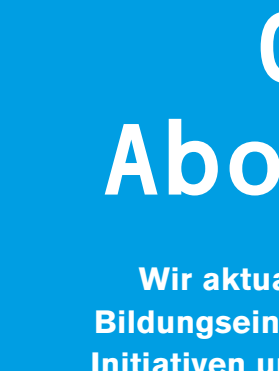


Das zeitgenössische Messingrelief des Künstlers Phil Omodamwen zeigt die Rückgabe der geraubten Koralleninsignien an König Oba Akenzua II. im Jahr 1938.



Der Hahn mit zerstörtem Kopf stammt vermutlich aus dem 18. Jahrhundert, es handelt sich um den Gelbguss einer Werkstatt der Bronzebergilde Igun Eronmwon.



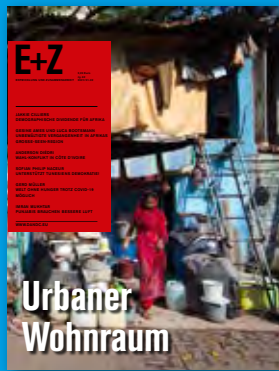


# GRATIS- Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

[www.dandc.eu/de/ez-abonnement](http://www.dandc.eu/de/ez-abonnement)

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website ([www.dandc.eu](http://www.dandc.eu)) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.







Zwei Präsidenten: Pedro Castillo (links) und Luis Arce 2021 in Bolivien.

LATEINAMERIKA

## Linke Wahlsieger

**In Bolivien und Peru gewannen zuletzt linksgerichtete Parteien die Präsidentschaftswahlen. Wie es in den Ländern politisch weitergeht, bleibt angesichts ihrer enormen Probleme aber äußerst fraglich.**

Von Susanne Stollreiter

Die Linke ist in Lateinamerika auf dem Vormarsch, könnte man angesichts der Ergebnisse von Präsidentschaftswahlen in letzter Zeit denken. In Bolivien setzte sich im Oktober 2020 Luis Arce von der Partei Bewegung zum Sozialismus (Movimiento al Socialismo – MAS) durch. Ebenso gewann im Juni 2021 in Peru die leninistisch-marxistische Partei Perú Libre mit Pedro Castillo. (Zum Wahlsieg des linken Bündnisses Apruebo Dignidad mit Gabriel Boric in Chile im Dezember 2021 siehe den Beitrag von Javier A. Cisterna Figueroa auf S. 16 in dieser Ausgabe.)

Bei einem ersten binationalen Treffen zeigten sich Arce und Castillo kooperationsfreudig. Sie beschlossen etwa, sich gegenseitig bei Themen wie Sozialpolitik, Sicherheit und Verteidigung zu unterstützen. Dennoch spricht einiges dagegen, dass sich hier gerade eine starke linke Allianz bildet – denn

die wirtschaftlichen und innenpolitischen Schwierigkeiten sind in beiden Ländern groß. Bolivien und Peru haben gemeinsam, dass sie vor den Wahlen durch eine Phase politischer Instabilität gingen.

In Bolivien scheiterten die Wahlen 2019: Vorwürfe des Wahlbetrugs führten zu Unruhen. Der langjährige MAS-Präsident Evo Morales musste fliehen (siehe Kasten nächste Seite). Die konservative Übergangsregierung war zunächst mehr damit beschäftigt, Proteste niederzuschlagen und MAS-Anhänger und Anhängerinnen zu verfolgen, als Neuwahlen vorzubereiten.

Die Corona-Pandemie traf Bolivien schwer. Sie verzögerte die Wahlen um Monate und verschärfte die aufgrund sinkender Rohstoffpreise ohnehin angespannte wirtschaftliche Lage. Vor diesem Hintergrund zahlte es sich für Luis Arce aus, dass er als langjähriger Wirtschaftsminister unter Morales für Kontinuität und eine Fortführung der in weiten Teilen durchaus erfolgreichen Wirtschaftspolitik der MAS stand. Erstaunlich an Arces Sieg war deshalb nur die Eindeutigkeit: Er errang 55,1 Prozent der Stimmen, der zweitplatzierte Carlos Mesa gerade einmal 28,3 Prozent. Die MAS erlangte auch eine deutliche Mehrheit im Parlament.

In Boliviens Nachbarland Peru waren die Jahre vor den Wahlen geprägt von politischer Einflussnahme aus der Wirtschaft und Korruption. Regierungsblockaden und politische Aufsplitterung sorgten für Instabilität. So gab es allein im Jahr 2020 drei Präsidenten. Der letzte von ihnen, Francisco Sagasti, regierte bis zu den Neuwahlen mit einer technokratischen Übergangsregierung.

Ebenso überschattete die Pandemie den Wahlkampf: Im Juni 2021 vermeldete Peru die bis dahin weltweit höchste Rate an Corona-Toten. Hinzu kamen neue Vorwürfe gegen einen der Ex-Präsidenten, Martín Vizcarra: Er hatte sich als Präsident unberechtigt vorzeitig gegen Corona impfen lassen. All dies führte dazu, dass sich weite Teile der Bevölkerung einen Bruch mit dem bisherigen politischen Establishment wünschten.

Dennoch blieb bis zuletzt offen, wer gewinnen würde: der politische Newcomer und Gewerkschafter Pedro Castillo oder die etablierte, wirtschaftsnahe Oppositionsführerin Keiko Fujimori. Sie ist die unter Korruptionsverdacht stehende Tochter von Alberto Fujimori, dem verurteilten und später begnadigten ehemaligen Autokraten.

Großkonzerne und die wirtschaftsliberale Hauptstadt Lima fürchteten um ihre Pfründe und initiierten eine mediale Kampagne, die Sozialismus und Kommunismus mit Terrorismus gleichsetzte. Castillo gewann schließlich die Wahlen mit weniger als 45000 Stimmen Vorsprung. Trotz Wahlpflicht enthielten sich knapp 30 Prozent der Wähler und Wählerinnen im ersten Wahlgang und fast 25 Prozent im zweiten.

### KEIN GUTER START

Die peruanische Landbevölkerung und viele Indigene wählten den aus einfachen Verhältnissen stammenden Landschullehrer Castillo vor allem deshalb, damit er sich für sie einsetzt. Es ist fraglich, ob die Regierung die hohen Erwartungen an sozialpolitische Veränderungen erfüllen können. Sie kündigte zwar Projekte in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wohnungsbau, Ernährungssicherheit und Armutsbekämpfung an. Allerdings sind deren Finanzierung und Umsetzung noch offen. Lob erhielt immerhin der Vorschlag für eine Agrarreform zugunsten kleinbäuerlicher und regionaler Produktion.

Während die Regierungspartei Perú Libre im Wahlkampf mit einer wirtschafts-



politisch stärkeren Rolle des Staates und mehr Umverteilung geworben hatte, sind erste Initiativen zur Verstaatlichung gescheitert. Zugleich betonte Castillos Wirtschaftsminister, es werde keine Enteignungen und Preiskontrollen geben, dafür vermehrt staatliche Beteiligungen.

Peru ist politisch tief gespalten, wie das knappe Wahlergebnis und auch die Sitzverteilung im Parlament zeigen: Dort verfügt die Regierungspartei nur über 37 von 130 Sitzen. Die Mehrheit bilden konservative und liberale Kräfte. Jedes Gesetzesvorhaben kann so blockiert und der Präsident mit einer Zweidrittelmehrheit abgesetzt werden. Einen ersten Versuch, Castillo zu entmachten, gab es bereits – er scheiterte. Allerdings mussten schon etliche Kabinettsmitglieder wegen Korruptionsverdachts

und Terrorismusnähe zurücktreten. Das hat die fundamentale Vertrauenskrise der Bevölkerung in die Politik noch verstärkt.

Das größte Anliegen der neuen Regierung sollte deshalb sein, ihrer Wählerschaft nicht weiter zu enttäuschen. Falls es ihr gelingt, Bündnisse mit linken und moderaten Parteien einzugehen, könnte sie möglicherweise die benötigten Mehrheiten erzielen, um eine politische Dauerblockade zu verhindern.

Auch in Bolivien sind die politischen Gräben tief. Sie verlaufen insbesondere zwischen Anhängern von Regierung und Opposition und beziehen teils Unbeteiligte ein: Im Streit um die Landnutzung zwischen Indigenen im Hoch- und im Tiefland stützt die Regierung von Luis Arce ihre politische Basis im Hochland. Die Sorgen der Indigenen im Tiefland werden dagegen von der Opposition instrumentalisiert, um gegen die Regierung zu mobilisieren. Konflikte sind vorprogrammiert.

Wirtschaftspolitisch steht Arce für eine Fortsetzung der massiven Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Die gehen allerdings zur Neige – allen voran das Erdgas, das bedeutende Staatseinnahmen generierte. Zudem verursachen Bergbau, Viehzucht und Monokulturen enorme ökologische Kosten. Seitens der neuen Regierung sind

jedoch bislang keine Schritte hin zu einem Systemwechsel zu erkennen, im Gegenteil: Zuletzt wurde der Anteil an Waldfläche erhöht, der legal gerodet und landwirtschaftlich genutzt werden darf.

Um die Wirtschaft – wie im Wahlkampf versprochen – wiederzubeleben, fehlt es Boliviens Regierung an finanziellen Mitteln. Trotzdem lehnt sie Möglichkeiten der Finanzierung von außen, etwa über den Internationalen Währungsfonds oder private Investoren, aus ideologischen Gründen ab. Es ist nicht klar, wie angesichts der anhaltenden Pandemie und ohne alternative Rezepte der wirtschaftliche Aufschwung gelingen soll.

Sowohl in Bolivien als auch in Peru bleibt es somit fraglich, inwiefern die derzeitigen Regierungsperioden tatsächlich als progressiv gelten können. Inspirierende Projekte und länderübergreifende Bündnisse, also ein Übertragungseffekt auf benachbarte Länder, sind von den beiden Andenländern momentan eher nicht zu erwarten.



**SUSANNE STOLLREITER**  
ist Referentin für Bolivien und Peru der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.  
[susanne.stollreiter@fes.de](mailto:susanne.stollreiter@fes.de)

## Gräben überwinden

Seitdem Boliviens Ex-Präsident Evo Morales 2019 zurücktreten musste, nahm die innenpolitische Polarisierung in dem Land zu. Die Lager teilen sich aktuell entlang der Frage, ob Morales damals Wahlbetrug beging oder Opfer eines Putsches war. Die derzeitige Regierung unter Luis Arce von der Morales-Partei Bewegung zum Sozialismus (Movimiento al Socialismo – MAS) zeigt dabei wenig Willen zu Versöhnung und Dialog. Sie will mit aller Macht ihre Sichtweise des Staatsstreichs durchsetzen. Zahlreiche Justizverfahren gegen Mitglieder von Opposition und Übergangsre-

gierung wegen Beteiligung am „Staatsstreich 2019“ laufen. Da die Judikative der politischen Linie der Regierung folgt, sind keine unabhängigen und fairen Verfahren zu erwarten.

Umgekehrt gibt es auch in der Opposition radikale Positionen, etwa seitens des Gouverneurs der Präfektur Santa Cruz, Luis Fernando Camacho, oder der Komitees von Bürgerinnen und Bürgern (Comités Civicos) von Santa Cruz und Potosí. Sie tragen ihren Protest meist gewaltsam auf die Straße. Kürzlich musste Präsident Arce ein Gesetz gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche



**Regierungsnaher Demonstration in Bolivien im März 2021.**

wegen gewaltsamer Demonstrationen von Comités Civicos sowie informeller Geschäftstreibender zurücknehmen.

Ein parteiübergreifender Dialog ist unter diesen Bedingungen schwierig. Die deutschen politischen Stiftungen in Bolivien, Friedrich-Ebert-Stiftung und Konrad-Adenauer-Stiftung, haben deshalb gemeinsam mit der UN-Vertretung und der deutschen Botschaft einen Dialogprozess gestartet, der alle politischen Lager einschließt. Er soll den Blick weg von den Differenzen und hin auf die Lösung der gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen lenken. Das Projekt wird mit Mitteln des Auswärtigen Amtes gefördert. STO



BLUE ACTION FUND

# Geld zum Schutz der Meere

**Zum fünfjährigen Bestehen zieht der Blue Action Fund (BAF) in einem Wirkungsbericht Bilanz. Die Stiftung fördert Meeres- und Küstenschutzgebiete und setzt sich für die Sicherung der Lebensgrundlagen der Küstenbewohner ein. Der BAF gewährt Nichtregierungsorganisationen, die in Entwicklungsländern tätig sind, Fördergelder.**

Von Sabine Balk

Bislang hat der Blue Action Fund (siehe dazu meinen Beitrag in der Digitalen Monatsausgabe von E+Z/D+C 2018/01) laut seinem Bericht 43 Millionen Euro in 17 Projekte investiert, womit mehr als 350 000 Quadratkilometer Meeresschutzgebiete ausgewiesen oder gesichert wurden. Davon profitierten mehr als 225 000 Menschen an den Küsten Afrikas, Lateinamerikas, Asiens und im Pazifikraum. Dazu gehören Fischer, Mitarbeiter von Schutzgebieten und andere Nutzer der Meeresressourcen.

Förderungswürdig sind nach Angaben des BAF Projekte, die sich für die Bekämpfung der globalen Umwelt- und Klimakrise engagieren. Dazu gehören Maßnahmen, die dem dramatischen Rückgang der biologischen Vielfalt in den Meeren entgegenwirken, die Resilienz gegenüber dem Klimawandel erhöhen und eine nachhaltige Lebensgrundlage für die lokale Bevölkerung schaffen.

In den Ozeanen steckt massives Klimaschutzpotenzial, betont die Stiftung. Jedoch fließe derzeit weniger als ein Prozent der weltweiten öffentlichen Entwicklungshilfe in Schutzmaßnahmen. Die Stiftung hat zum Ziel, „diese große Finanzierungslücke zu schließen“. Sie wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der KfW Entwicklungsbank ins Leben gerufen. Zusätzliche Mittel erhält sie von den Regierungen Schwedens, Frankreichs und Norwegens sowie dem Grünen Klimafonds.

Eines der geförderten BAF-Projekte ist das Primeiras-und-Segundas-Schutzgebiet (Primeiras and Segundas Environmental Protected Area – PSEPA), das sich über 200 Kilometer entlang der Küste Mosambiks erstreckt. Das Meeresgebiet beherbergt in seinen Koralleninseln eine vielfältige und einzigartige Meeresfauna und Mangrovenwälder. Laut BAF-Bericht setzt die Umweltschutzorganisation WWF die Fördergelder von insgesamt 3 Millionen Euro für Maßnahmen zum Schutz des Areals und für die Schaffung neuer Lebensgrundlagen für die Fischergemeinden an der Küste ein.

Der WWF arbeitet mit den Regierungsbehörden und lokalen Akteuren zusammen, um eine funktionierende Struktur für das Meeresmanagement einzurichten. Dazu gehört der Einsatz von Rangern, die die Einhaltung der Vorschriften kontrollieren. Ihre Zahl stieg nach BAF-Angaben von 9 auf 24. Sie sind unter anderem dafür zuständig, illegale Fischerei, Wilderei und Mangrovenabholzung zu verhindern.

Diese sind ein großes Problem in der Küstenregion und rühren vor allem aus der Armut der Bevölkerung her, so der Bericht. Deshalb fördert das WWF-Projekt Praktiken des nachhaltigen Fischereimanagements. Die Organisation rief 77 sogenannte Farmer Field Schools in 19 Dörfern ins Leben sowie 217 Spar- und Darlehensgruppen. Dabei wurden nach Angaben des Reports fast 3000 Frauen, auf denen ein besonderer Fokus liegt, beteiligt und insgesamt 114 452 US-Dollar gespart.

In den Farmer Field Schools erfahren die Bewohner, wie sie Fischzuchtgebiete und Mangroven schützen und nachhaltig bewirtschaften können. Das wiederum verbessert die Fangmengen der Fischer und das Einkommen der lokalen Gemeinschaften.

Ein weiteres, vom BAF gefördertes Meeresschutzprojekt befindet sich rund um die zu Costa Rica gehörende Insel Cocos Island, die weit vor der Landesküste im Pazifik liegt. In dem Gebiet sind über 1600 Tiere und Pflanzen heimisch. Mit dem Fördergeld von 3,7 Millionen Euro wurde nach BAF-Angaben bereits einiges erreicht – vor allem, dass nationale Behörden und andere Partner die Maßnahmen unterstützen.

Erreicht wurde laut Bericht eine Erweiterung des Meeresschutzgebiets um Cocos Island um 150 000 Quadratkilometer – nun stehen mehr als 30 Prozent der Gewässer Costa Ricas unter Schutz. Auch bei diesem Projekt ist es ein Ziel, die Situation der Küstengemeinden zu verbessern, wozu eine Studie zum Social Progress Index (SPI) durchgeführt werden soll.

## LINK

Impact report – 5 Years of Blue Action:

[https://www.blueactionfund.org/wp-content/uploads/2022/01/Impact-Report\\_5-Years-of-Blue-Action.pdf](https://www.blueactionfund.org/wp-content/uploads/2022/01/Impact-Report_5-Years-of-Blue-Action.pdf)



**SABINE BALK**

ist Redakteurin von E+Z  
Entwicklung und Zusammen-  
arbeit / D+C Development and  
Cooperation.

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)



Der Blue Action Fund unterstützt die Überwachung von gefährdeten Schildkröten auf den Salomon-Inseln im Südpazifik.

## Extreme Erschöpfung

Im Zuge der Covid-19-Krise leiden viele brasilianische Arbeitnehmer an arbeitsbedingtem Burnout. Die Hauptursachen sind erhöhte Arbeitsbelastung, schwierige Arbeitsbedingungen, Angst vor Ansteckung und die psychischen Auswirkungen der Isolation, für diejenigen, die von zu Hause aus arbeiten.

Die Symptome von Burnout sind extreme körperliche und geistige Erschöpfung, Kopfschmerzen, Appetitlosigkeit, Schlaflosigkeit und Konzentrationsschwierigkeiten. Die brasilianische Forschungseinrichtung Oswaldo-Cruz-Stiftung (Fiocruz) befragte brasilianische Arbeitnehmer. Fast die Hälfte gab an, während der sozialen Isolation einige Symptome von Burnout gehabt zu haben.

Burnout ist im Gesundheitswesen am weitesten verbreitet. In diesem Bereich sind 78 Prozent der Beschäftigten in unterschiedlichem Maße davon betroffen, so eine Studie aus 2020 von PubMed, einem brasilianischen Start-up-Unternehmen, das Apps für Ärzte und Krankenschwestern entwickelt.

Wissenschaftlichen Erhebungen zufolge zeigt etwa jeder sechste Beschäftigte im Gesundheitswesen Anzeichen eines schweren Burnouts. Der Grund dafür ist offensichtlich: Pflegekräfte und Ärzte sind unmittelbar mit der Pandemie konfrontiert, betreuen Massen an Erkrankten, erleben den Schmerz über den Verlust von Patienten und Kollegen und müssen mit ihren eigenen Ängsten vor einer Ansteckung klarkommen.

Die Logopädin Thamires Avellar führt RehaMaßnahmen mit hospitalisierten Covid-Patienten in Rio de Janeiro durch und ist von Burnout betroffen. „Es gibt Tage, da arbeite ich eine Schicht nach der anderen und habe Probleme, mich zu konzentrieren“, sagt sie. „Manchmal gehe ich auf die Toilette und weine, weil ich mich machtlos fühle, etwas zu ändern. In solchen Momenten fehlt mir sogar der Lebenswille. Die Menschen haben keine Ahnung, wie sich dieser Druck auf unsere Psyche auswirkt.“

Avellar ist nicht allein. Die Psychologin Patricia Marquezelli sagt, dass das Gefühl, bei der Arbeit überfordert zu sein, oft auch auf das Privatleben der Beschäftigten im Gesundheitswesen übergreift. Medikamente und andere Therapien könnten helfen, Depressionen und Angstzustände zu lindern, fügt sie hinzu. Aber auch eine Veränderung des Arbeitsumfelds und tägliche Entspannung sind hilfreich.

Vor allem aber sei es wichtig, Hilfe zu suchen, sagt Marquezelli. „Wenn wir merken, dass etwas mit unserer Psyche nicht in Ordnung ist, müssen wir Vorurteile beiseitelassen und Experten aufsuchen. Psychische Gesundheit ist essenziell für gutes Arbeiten.“

Angestellte, die von zu Hause aus arbeiten – in Brasilien sind dies nach Erhebungen etwa 11 Prozent der 74 Millionen Beschäftigten des Landes –, leiden ebenfalls unter Burnout. Die meisten Unternehmen hatten keine Zeit, herauszufinden, wie man im System Homeoffice effizient arbeiten kann. Das führte zu einem gewissen Chaos und Stress, was durch die soziale Isolation der Arbeitnehmer verstärkt wurde.

Die Apothekerin Patricia Andreolli sieht die Folgen. Die Nachfrage nach Medikamenten gegen Angstzustände sei sprunghaft angestiegen: „Ich glaube, die Menschen sind erschöpft, haben Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, und sind in Sorge, weil sie nicht wissen, wie es weitergeht“, sagt sie.



**THUANRY RODRIGUES**  
ist Journalistin in Brasilien.

[thuanryrodrigues@gmail.com](mailto:thuanryrodrigues@gmail.com)

## IMPRESSUM

### E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

63. Jg. 2022

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: [www.DandC.eu](http://www.DandC.eu)

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 27.01.2022 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH  
Service für Entwicklungsinitiativen  
Friedrich-Ebert-Allee 40  
53113 Bonn  
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150  
[www.engagement-global.de](http://www.engagement-global.de)

#### BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,  
Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

#### VERLAG:

Fazit Communication GmbH  
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

#### ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81  
D-60327 Frankfurt am Main  
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

#### REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),  
Sabine Balk (SB), Jörg Döbereiner (JD), Dagmar Wolf (DW; Assistenz),  
Maren van Treel (MVT; Social Media)  
Freiberufliche Mitarbeit: Aviva Freudmann (AF), Jan Walter Hofmann (JWH; Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)  
Tel. (0 69) 75 91-31 10  
[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)  
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

#### ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363  
D-82034 Deisenhofen  
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32  
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32  
[fazit-com@cover-services.de](mailto:fazit-com@cover-services.de)

#### DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH  
Kurahsenstraße 4–6  
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

#### BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).





MALI

# Angespannte Lage

**Das malische Militärregime hat die Wahlen verschoben. Daraufhin hat die ECOWAS Sanktionen gegen das Land verhängt. Es ist nicht klar, wie die Regionalorganisation die aktuelle Pattsituation auflösen will.**

Von Karim Okanla

Als das Militär im August 2020 die Macht in Mali übernahm, versprach es Wahlen, um die verfassungsmäßige Ordnung wiederherzustellen. Die Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS – Economic Community of West African States), zu der Mali gehört, setzte als Frist den 27. Februar 2022 fest.

Der Armeeeoffizier und Anführer des Staatsstreichs Assimi Goïta war damit nicht einverstanden. Ende vergangenen Jahres bestand er auf einer Übergangszeit, die bis 2026 dauern könnte. Er hatte sich selbst zum Präsidenten ernannt und seine Machtübernahme durch einen zweiten Putsch im Mai 2021 bekräftigt.

Die ECOWAS akzeptiert die Verzögerung der Wahl nicht, ebenso wenig wie die Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion (WAEMU – West African Economic and Monetary Union), die den CFA-Franc nutzt. Alle WAEMU-Mitglieder, einschließlich Mali, gehören auch der ECOWAS an.

Am 9. Januar trafen sich die Staats- und Regierungschefs von ECOWAS und WAEMU in Ghanas Hauptstadt Accra. Die Präsidenten Nigerias und Togos, Muhammadu Buhari und Faure Gnassingbé, kamen nicht. Auch die Militärregierung von Guinea nahm nicht teil. Sie wurde mangels demokratischer Führung von zwischenstaatlichen Treffen ausgeschlossen. Im Vergleich zu anderen Regionalorganisationen hat die ECOWAS eine gute, wenn auch nicht perfekte Bilanz, wenn es um das Beharren auf Rechtsstaatlichkeit geht (siehe Vladimir Antwi-Danso in E+Z/D+C Digitale Monatsausgabe 2018/03).

Um Druck auf das malische Regime auszuüben, verhängte der Gipfel in Accra strenge Wirtschaftssanktionen. Sie umfassen unter anderem:

- Schließung der Grenzen der Mitgliedsländer zu Mali,
- Aussetzung wirtschaftlicher Transaktionen (mit Ausnahme von Lebensmitteln, Arzneimitteln und medizinischen Gütern) sowie
- Einfrieren von Vermögenswerten im Besitz des malischen Staates und seiner Behörden.

Die WAEMU fügte eigene Sanktionen hinzu.

Mali ist ein wichtiges Land. Sein Territorium ist riesig und grenzt an das geostrategisch wichtige Algerien. Was in Mali geschieht, kann leicht Auswirkungen auf alle ECOWAS-Mitglieder haben.

Die malische Militärjunta reagierte verärgert. Goïta nannte die Sanktionen „illegal, unrechtmäßig und unmenschlich“. Er forderte das Volk auf, seiner Wut auf der Straße Luft zu machen. Tausende taten dies. Außerdem verhängte Mali im Gegenzug Sanktionen und behauptete, sowohl ECOWAS als auch WAEMU würden von Frankreich und der EU manipuliert.

## ANTIFRANZÖSISCHE STIMMUNGEN

Goïtas Regime nutzt antifranzösische Stimmungen aus. Einige Journalisten feiern seine Haltung als Befreiung von der Vorherrschaft der ehemaligen Kolonialmacht. Diese Rhetorik findet in vielen afrikanischen Ländern Anklang.

Hintergrund der aktuellen Probleme ist die schwere Sicherheitskrise in Mali. Nach dem Sturz des libyschen Diktators Muam-

mar al-Gaddafi 2011 zirkulierten schnell Waffen aus Libyen in der Region. Seitdem ziehen islamistische Milizen und andere gewalttätige Gruppen durch den Norden Malis. 2012 ergriff das frustrierte malische Militär die Macht, doch die Demokratie wurde schnell wiederhergestellt. Selbst mit der Unterstützung französischer Truppen und einer UN-Mission konnten die Sicherheitskräfte des Landes die Unruhen bisher nicht eindämmen. Zuweilen greift die Gewalt auf den dichter besiedelten Süden über. Die Lage verschlechtert sich zunehmend.

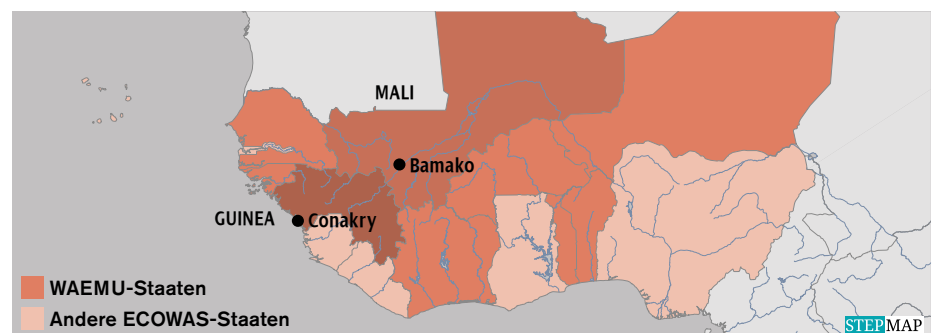
Weil die französische Öffentlichkeit unzufrieden mit der Situation ist, will die französische Regierung ihre Militärpräsenz halbieren. Das Regime in Mali soll sich deshalb für die Wagner-Gruppe interessieren, einen privaten russischen Militärdienstleister, dem Menschenrechtsverstöße vorgeworfen werden.

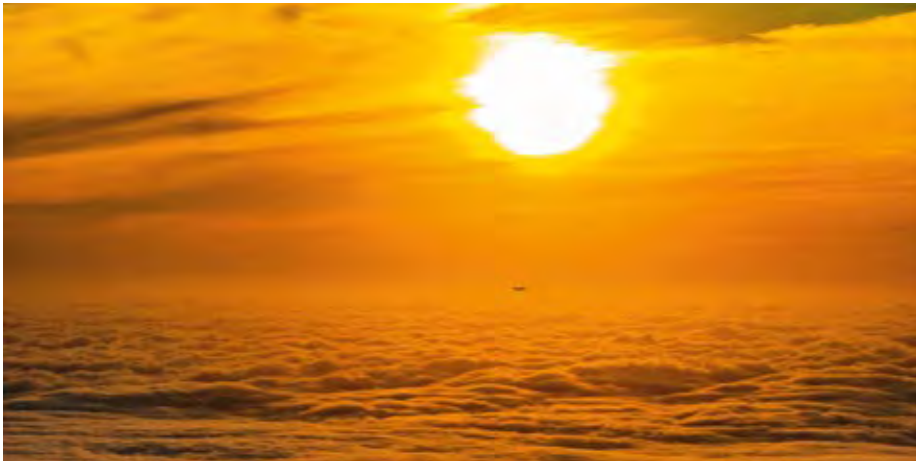
Die anderen ECOWAS-Mitglieder sind gegen eine Beteiligung Wagners, ebenso wie Frankreich und andere europäische Partner. So hat sich beispielsweise die deutsche Verteidigungsministerin Christine Lambrecht kürzlich gegen den „Einsatz von Söldnern“ ausgesprochen. Deutsche Soldaten nehmen an der UN-Mission teil.

Die Lage ist angespannt. Humanitäre Probleme verschlimmern sich in Mali. Auch andere ECOWAS-Mitglieder bekommen das zu spüren. Die Militärregierung von Guinea Conakry hat erklärt, sie werde die Sanktionen nicht umsetzen. Führende Politiker aller Seiten sind zwar gesprächsbereit, eine Lösung ist bisher jedoch nicht in Sicht.



**KARIM OKANLA**  
ist Medienwissenschaftler  
und freiberuflicher Autor in  
Benin.  
[karimokanla@yahoo.com](mailto:karimokanla@yahoo.com)





Solares Geoengineering soll die Sonneneinstrahlung reduzieren.

KLIMAKRISE

## Solares Geoengineering ächten

**Die Technologie ist im Gespräch, um die Erderwärmung zu bekämpfen. In globalem Maßstab angewandt, sind ihre Risiken allerdings nicht absehbar.**

Von Imme Scholz

Im Januar 2022 riefen 13 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einem offenen Brief Regierungen weltweit dazu auf, solares Geoengineering, das auf planetarer Ebene ansetzt, zu ächten. Ich habe mich diesem Aufruf angeschlossen – aus guten Gründen.

Globales solares Geoengineering soll die Sonneneinstrahlung insgesamt verringern, um die globale Erhitzung zu bremsen. Der bekannteste Vorschlag lautet, Aerosole in die Stratosphäre einzubringen und die Erde damit vereinfacht gesagt etwas zu verdunkeln. Verfechter sagen, das sei nötig, da die Minderung von Treibhausgasemissionen zu langsam vorankomme.

Zur Abwehr der Gefahren der Klimakrise sollte die Menschheit aber nicht noch viel größere technologische, politische und ethische Risiken eingehen. Aerosole in dieser Atmosphärenschicht hätten unabsehbare globale Auswirkungen. Niemand weiß, was das für das regionale Wetter, für Sonneneinstrahlung, Winde und Niederschläge bedeutet und welche Folgen dies für unsere Versorgung mit Wasser und Nahrung hät-

te. Es ist schwer, Risiken und Wirksamkeit von solarem Geoengineering vor der Anwendung abzuschätzen. Aus unserer Sicht bergen selbst Experimente zu Forschungszwecken ein hohes Risiko. Zudem würde die Anwendung dieser Technologie dem Argument Vorschub leisten, sich mit dem Umbau der Gesellschaft für ein postfossiles und umweltverträgliches Zeitalter noch Zeit zu lassen.

Aufgrund der großen Unsicherheiten bräuchte es globale Willensbildungsprozesse hinsichtlich der Orte, der Art und Dauer des Einsatzes, des Ausmaßes der angestrebten Abkühlung und der Haftung für möglicherweise entstehende Schäden. In solche Entscheidungen müssten alle betroffenen Länder und die dort lebenden Menschen einbezogen werden. In vielen Ländern mit geringem Einkommen ist die Landwirtschaft bereits jetzt besonders anfällig für Klimafolgen. Voraussichtlich wäre die Landbevölkerung dort von unvorhergesehenen oder unkontrollierbaren Auswirkungen des solaren Geoengineerings existenziell betroffen. Aus diesem Grund haben sich etwa in Schweden indigene Bevölkerungsgruppen massiv gegen ein derartiges Experiment gewehrt und es schließlich verhindert.

Da Länder mit niedrigem Einkommen potenziell besonders betroffen wären, sollten sie das Recht haben, solares Geo-

engineering zu kontrollieren. Doch andere Länder, die den Einsatz dieser Technologie ermöglichen könnten, würden das wohl kaum zulassen – insbesondere, wenn sie sich so Zeit für die eigene Dekarbonisierung erkaufen möchten.

Für eine legitime Entscheidung über den Einsatz von solarem Geoengineering bräuchte es also nicht nur mehr Wissen, dessen Erwerb riskant ist. Es bräuchte auch demokratisch kontrollierte globale Institutionen, die in der Lage sind, getroffene Entscheidungen durchzusetzen. Überdies müssten auch die Rechte künftiger Generationen und anderer Lebewesen berücksichtigt werden. Denn die negativen Auswirkungen würden nicht nur die Überlebenschancen von Menschen, sondern auch von anderen Arten betreffen. Da solares Geoengineering, das auf planetarer Ebene wirken soll, nicht besonders teuer ist, erfordert es aus technischer Sicht keine umfangreiche internationale Zusammenarbeit und könnte von Ländern oder Ländergruppen auch gegen den Willen anderer eingesetzt werden. Es besteht also das grundlegende Risiko, dass der Einsatz dieser Technologie eigentlich unregierbar ist.

Aus diesen Gründen halten wir es für angebracht, solares Geoengineering, das auf planetarer Ebene ansetzt, weltweit zu ächten – als Technologie in Forschung und Patentierung sowie als politische Option in internationalen Abkommen oder in nationalen Klimaplänen. Unser Appell richtet sich vor allem an Regierungen und die UN. Aber auch andere können mitmachen: Geldgeber können die Technologie von der Liste förderungswürdiger Aktivitäten streichen, Stiftungen können sich dem Aufruf anschließen, ebenso Universitäten, Forschungsinstitute, zivilgesellschaftliche Organisationen und Verbände, Kommunen sowie einzelne Bürgerinnen und Bürger.

### LINK

**Petition zur Ächtung von solarem Geoengineering plus Unterschriftensammlung:**  
<https://www.solargeoeng.org/take-action>



**IMME SCHOLZ**

ist stellvertretende Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik und wechselt demnächst in den

Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

[imme.scholz@die-gdi.de](mailto:imme.scholz@die-gdi.de)





[www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation](http://www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation)



**D+C Development and Cooperation**

Sustainable development requires global awareness and local action.  
Media Production · Frankfurt am Main · 154 followers

See all 3 employees on LinkedIn

[+ Follow](#) [Visit website](#) [More](#)

[Home](#) [About](#) [Posts](#) [Jobs](#) [People](#)

### Page posts

**D+C** D+C Development and Cooperation · 154 followers · 2d ·

Ten years after #Tunisia's first free #elections, it increasingly looks as though its young #di...see more



**EU must not simply watch Tunisia's democracy die**  
Development and Cooperation on LinkedIn · 3 reposts  
by Hans Dembowski On 25 July, Tunisia's president Kais Saïe...

[Like](#) [Comment](#) [Share](#) [Send](#)

**Folgen Sie  
uns auf  
LinkedIn!**

**Liebe Leserinnen und Leser,**

wir sind neuerdings auch auf LinkedIn vertreten, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Wir laden Sie herzlich ein, uns dort zu folgen. Sie finden uns unter

**[www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation](http://www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation)**

Wir werden auf LinkedIn kurze Kommentare veröffentlichen und Themen künftiger Ausgaben von E+Z/D+C diskutieren. Außerdem werden wir dort auf wichtige neue Inhalte unserer Website **[www.dandc.eu](http://www.dandc.eu)** hinweisen.

DEVELOPMENT AND  
COOPERATION | **D+C**

LATEINAMERIKA

## Die Mitte finden

**Die Chilenen haben große Erwartungen an ihren neuen Präsident Gabriel Boric. Sie wollen einerseits grundlegende Reformen, andererseits aber auch Stabilität. Boric versucht, beides zu vereinen.**

Von Javier A. Cisterna Figueroa

Die Öffentlichkeit in Chile beobachtet den neu gewählten Präsidenten, den 35-jährigen Linken Gabriel Boric, mit großer Aufmerksamkeit. Seine Regierung wird am 11. März ihr Amt antreten. Der jüngste Präsident, den Chile je hatte, entwickelte sich vom Studentenführer zu einer Schlüsselfigur der politischen Erneuerung des Landes.

Nach dem Ende der Diktatur von Augusto Pinochet (1973–1990) verfolgte Chile 30 Jahre lang eine marktradikale Politik. Dieser starre Ansatz wurde vom Militärregime übernommen und sogar in der Verfassung verankert. Im Oktober 2019 brachen heftige Proteste aus, die die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen dieser Politik anprangerten. Die Menschen forderten ein Ende des „30-jährigen Machtmissbrauchs“. Die Massen demonstrierten für eine egalitäre Gesellschaftsordnung.

Der Aufstand von 2019 führte zu einem beispiellosen Prozess der Verfas-

sungsänderung. Es wurde eine neue verfassungsgebende Versammlung gewählt. Die etablierten Mitte-links- und Rechtsparteien erlebten, wie ihre Unterstützung in der Bevölkerung auf einen noch nie dagewesenen Tiefstand fiel. Ganz offensichtlich wollte eine Mehrheit der Bürger einen Neuanfang (siehe meinen Beitrag in der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2021/12).

Infolgedessen wurden zwei Außenseiter zu den Hauptanwärtern für die Präsidentschaftswahlen 2021:

- der rechtsextreme José Antonio Kast, der eine Koalition aus Ultrakonservativen und Nationalisten vertrat, und
- Boric, der von einem Bündnis linker Parteien einschließlich der Kommunisten unterstützt wurde.

In der ausländischen Presse wurden diese Blöcke als polare Gegensätze dargestellt. Die Wahrheit ist differenzierter: In seinem Werben um Wähler aus der Mitte zeigte Boric mehr Mut und Flexibilität als sein Gegner. Borics gemäßigter Ton erwies sich als entscheidend und führte zu seinem Sieg von rund 56 Prozent im zweiten Wahlgang im Dezember.

Seit seinem Sieg hat Boric signalisiert, dass er eine fein abgestimmte Kombination aus Erneuerung und Mäßigung anstrebt.

Die Wahl seines Kabinetts ist interessant und aufschlussreich. Von den 24 Ministern sind 14 Frauen, acht sind Unabhängige, und neun kommen von außerhalb der Hauptstadt – ein Novum im zentralistischen Chile.

Unter den Frauen sticht Izkia Siches (35) hervor. Sie ist Ärztin und ehemalige Präsidentin des chilenischen Ärzteverbandes. Außerdem ist sie indigener Aymara-Abstammung. Sie wird die erste Frau in diesem Amt sein, bei dem sie auch für die öffentliche Sicherheit zuständig ist.

Camila Vallejo (33) wird Regierungssprecherin. Sie ist eine ehemalige Anführerin der aufständischen Studentebewegung, die 2011 sozialen Fortschritt forderte. Antonia Urrejola (53) ist die ehemalige Präsidentin der Interamerikanischen Menschenrechtskommission und wird Außenministerin. Maya Fernández (50) soll Verteidigungsministerin werden. Sie ist Sozialistin und die Enkelin des ehemaligen Präsidenten Salvador Allende.

Mit der Wahl von Mario Marcel (62) zum Finanzminister setzte Boric ein klares Zeichen der Mäßigung. Er war bis vor Kurzem Präsident der chilenischen Zentralbank und ist ein international angesehener Mann. Er ist unabhängig, wurde aber mit früheren Mitte-links-Regierungen in Verbindung gebracht. Einige sehen in ihm jedoch eine Rückkehr zur marktwirtschaftlichen Orthodoxie, die Chile in soziale Unruhen gestürzt hat. Viele andere hingegen halten seine Ernennung für ein willkommenes Zeichen der Stabilität.

Boric sagt, dass der wirtschaftliche Aufschwung, die Bewältigung der Pandemie und der Schutz der Verfassungsreformen zu Beginn seine Prioritäten sein werden. Es wird erwartet, dass die verfassungsgebende Versammlung zwischen Juli und September dieses Jahres eine neue Magna Carta vorlegt. Das Dokument wird dann einer Volksabstimmung unterzogen.

Eine Ablehnung der neuen Verfassung und damit eine Rückkehr zur Verfassung der Diktatur würde für Boric eine dramatische Niederlage bedeuten. Sein Ziel ist es, ein neues Chile aufzubauen. Einige Analysten formulieren es so: Er will der letzte Präsident der alten Ära und der erste der neuen Ära sein.



Im zweiten Wahlgang überzeugte Gabriel Boric 55,9 Prozent der Wähler.



**JAVIER A. CISTERNA FIGUEROA**

ist Journalist in Concepción, Chile.

[cisternafigueroa@gmail.com](mailto:cisternafigueroa@gmail.com)



UNSERE SICHT

# Erinnerung schützt

**Der Ende Dezember verstorbene südafrikanische Erzbischof Desmond Tutu war ein wichtiger Geistlicher und ein bedeutender Kämpfer für die Menschenrechte. Ein beliebtes Zitat von ihm besagt, dass, wer angesichts von Unrecht neutral bleibt, sich auf die Seite der Unterdrückenden schlägt. Der Seelsorger wusste auch, dass grausame Brutalität möglicherweise vergeben werden kann, aber nicht vergessen werden darf.**

Von Hans Dembowski

Der anglikanische Pastor half, die Apartheid zu überwinden, und leitete später die Wahrheits- und Versöhnungskommission Südafrikas. Darüber, in welchem Maß Versöhnung gelungen ist, lässt sich angesichts der anhaltend großen Probleme des Landes streiten. Klar ist jedoch, dass die Kommission dazu beigetragen hat, ein realistisches und weithin geteiltes Verständnis von den Auswirkungen rassistischer Unterdrückung zu schaffen. Ohne solch ein Narrativ wären weder Versöhnung noch eine gemeinsame demokratische Zukunft überhaupt möglich.

Deprimierenderweise nehmen Versuche, die historische Wahrheit zu vertuschen, in vielen Ländern zu. Wichtige Beispiele sind China, Russland und die USA.

Kurz vor Weihnachten begannen Behörden in Hongkong, das Gedenken an das Massaker auf dem Tiananmen-Platz in Peking 1989 zu unterbinden. Seinerzeit hatten junge Menschen sich im Zentrum der chinesischen Hauptstadt mit einem Protestlager für Demokratie eingesetzt. Das Regime ließ die Armee den Platz räumen und die politische Bewegung in Blut ertränken. In den vergangenen drei Jahren hat die kommunistische Partei nun auch Demokratiebestrebungen in Hongkong unterbunden. Nun will sie ihre Sicht der Geschichte auch dort durchsetzen.

In Russland wurde kurz nach Weihnachten die Menschenrechtsorganisation Memorial gerichtlich verboten. Zu deren selbst gewählten Aufgaben gehörte die Dokumentation der Schrecken totalitärer Herrschaft. Staatliche Stellen warfen Memorial Formfehler wie die ungenügende Angabe von internationalen Geldzuwendungen in Publikationen vor, bezichtigten die Initiative aber auch des Extremismus. In Wirklichkeit darf Memorial aber nicht weiterarbeiten, weil Präsident Wladimir Putins nationalistische Propaganda zunehmend die russische Geschichte verherrlicht und die historische Wahrheit nicht ins Bild passt.

Im Gegensatz zu China oder Russland steht in den USA die demokratische Legitimität von Präsident Joe Biden nicht in Zweifel. Er versucht auch nicht, historisches Wissen zu unterdrücken. Leider passiert das aber auf der Ebene verschiedener Bundesstaaten, wo die Republikanische Partei politische Ämter missbraucht, um Bücher über die Geschichte der Sklaverei aus Lehrplänen und Schulbüchereien zu entfernen. Behauptet wird, weiße Kinder und Jugendliche müssten vor Schuldgefühlen und Seelenpein geschützt werden. Paradoxerweise werfen dieselben Personen Hochschulen eine inakzeptable Ausgrenzungspolitik vor, wenn sie Verschwörungstheoretikern und Lügern keinen Raum geben. Das Schlagwort dafür lautet „Cancel Culture“. Es ist natürlich kein Zufall, dass dieselben rechtspopulistischen Kräfte auch wissenschaftliche Erkenntnisse über die Klimakrise bestreiten – nicht aber die große Lüge Donald Trumps, ihm sei die Wahl gestohlen worden.

Ernsthaft umstritten ist die faktische Wahrheit in keinem dieser Fälle. Das Grundmuster ist, dass heute Macht ausübende Menschen sich auf die Seite Unterdrückender der Vergangenheit schlagen.

Aus deutscher Sicht sind solche Entwicklungen deprimierend. Wir kennen unsere traumatische Geschichte von Völkermord und zwei Diktaturen im 20. Jahrhundert. Persönliche Schuld für die Verbrechen früherer Generationen empfinden die meisten von uns kaum, aber wir nehmen den Auftrag ernst, derlei nie wieder geschehen zu lassen. Dafür ist Erinnerungskultur wichtig.

Auf vielen deutschen Bürgersteigen erinnern glänzende Stolpersteine an die von den Nazis verschleppte und ermordete jüdische Minderheit. In Berlin ist die Holocaust-Gedächtnisstätte Topographie des Terrors eine beliebte Attraktion, aber sie ist nur eins von vielen Mahnmalen. Grundsätzlich besteht Konsens, dass die Zukunft unserer Demokratie die Kenntnis der historischen Wahrheit erfordert. Wer diese unterdrücken will, will letztlich Menschen unterdrücken.



**HANS DEMBOWSKI**  
ist Chefredakteur von E+Z  
Entwicklung und Zusammen-  
arbeit/D+C Development and  
Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



Auf vielen Bürgersteigen erinnern glänzende Stolpersteine an von Nazis verschleppte und ermordete Deutsche jüdischer Abstammung.

**Besuchen Sie  
unsere Website  
unter [www.DandC.eu](http://www.DandC.eu)**



Navigation icons: X, -, +

Address bar: [www.eundz.eu](http://www.eundz.eu)

**E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT**  
Über E+Z | Film-Archivieren | Digitales Monatsheft | Bloggedr. | Impressum | English

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

SUBSAHARA-AFRIKA | MENA | SÜDASIEN | SÜDOSTASIEN | LATEINAMERIKA | BLOG

CRDP-BÜROSTATT  
**Seeds of prosperity**

stepmap

**Digitale Monatsausgabe**

Gratis PDF-Download

**WELTBREIT**  
18.01.2022 - von Evelyn Schabus  
**Voneinander lernen in der Klimakrise**

**E+Z/D+C**  
13.01.2022 - von D+C  
**Weshalb unsere Digitale Monatsausgabe sinnvoll ist**

**Aktuelle Blog-Beiträge**

- Erinnerungsliste
- To promote democracy, leaders should lead by example

**Folgen Sie uns**





SCHWERPUNKT

## Nachhaltig neu starten

„Naturnahe Lösungen sind meist am besten.“  
**DAVID MFITUMUKIZA, S. 20**

„Umgekehrt gilt auch: Ohne Umweltschutz wächst die Armut vermutlich.“  
**JOSÉ SIABA SERRATE, S. 22**

„Aus Sicht der Entwicklungsländer ist das Finanzszenario komplett unfair.“  
**SALEEMUL HUQ, S. 25**

„Wo internationale Unterstützung ausbleibt, spielen traditionelle Überlebensstrategien eine große Rolle.“  
**WANJOHI KABUKURU, S. 27**

„Der US-Kongress hat Bidens Agenda noch nicht beschlossen.“  
**KATIE CASHMAN, S. 28**

„Laut Habecks Programm muss sich das Tempo der Emissionsminderung bis 2030 mehr als verdoppeln.“  
**JÖRG DÖBEREINER, S. 31**

„Das derzeitige Wirtschaftssystem beachtet planetare Grenzen nicht.“  
**SABINE BALK, S. 32**

Flucht aus einem überfluteten Krankenhaus in Chittagong, Bangladesch.



POLITIKKOHÄRENZ

# Staatliche Stellen stärken – und dezentralisieren

**Ostafrika ist vielfachen Problemen ausgesetzt. Schlagworte wie nachhaltiger Aufschwung klingen gut, beschreiben aber nicht, was tatsächlich geschieht. Im E+Z/D+C-Interview schätzt David Mfitumukiza von der Makerere-Universität in Kampala die Lage ein.**

David Mfitumukiza im Interview mit Hans Dembowski und Jörg Döbereiner

## Welche Klimafolgen machen Menschen in Ostafrika aktuell zu schaffen?

Es gibt drei wichtige Gefahren: Dürren, Hochwasser und sich verschiebende Jahreszeiten. Die dritte ist für naturbasierte Ökonomien eigentlich am bedrohlichsten, erhält leider aber am wenigsten Aufmerksamkeit. Wo Landwirtschaft die wichtigste Branche ist, reduziert ungewöhnliches Wetter Produktivität und Einkommen. Für Subsistenzfarmer ist es am schlimmsten, weil sie nicht in neue Produktionsmittel investieren können. Ihr Spielraum ist winzig. Auch die kommerzielle Landwirtschaft bekommt riesige Probleme. Andererseits sind

Fluten und Dürren oft verheerend. Wegen zu wenig und zu unregelmäßigem Regen herrscht in Teilen Kenias und angrenzenden Gebieten Äthiopiens und Somalias derzeit akuter Lebensmittelmangel.

## Wie wirkt sich Covid-19 in diesem Kontext aus?

Die Pandemie ist noch nicht vorüber, also lässt sich das noch nicht abschließend sagen (siehe Ben Ezeamalu auf Seite 4 dieser Digitalen Monatsausgabe). Einiges steht aber bereits fest. Die Armut hat zugenommen. In den Städten konnten arme Menschen während der Lockdowns nicht arbeiten. Märkte wurden geschlossen, was den Lebensmittelvertrieb beeinträchtigt hat. Ein Bündel Bananen, das normalerweise den Gegenwert von vier Dollar gebracht hätte, war plötzlich nur noch zehn Cent wert. In unserer Weltgegend bestehen wichtige Beziehungen zwischen Dörfern und Städten. Auf dem Land bekommen viele Familien Unterstützung von Verwandten oder Wohltätern in urbanen Gegenden. Wenn dort die Armut wächst, wächst sie folglich auch

in den Dörfern. Obendrein sind öffentliche Dienstleistungen ausgefallen – und zwar besonders im ländlichen Raum, wo sie immer schwach sind.

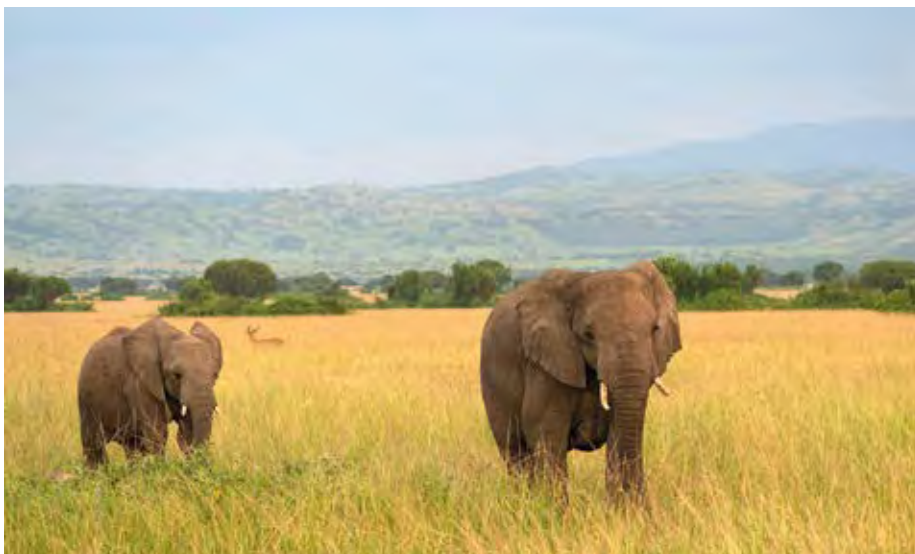
## Hat das ökologische Konsequenzen?

Ja, der Druck auf bislang ungenutzte Flächen ist schneller gewachsen als sonst. Die Dorfbevölkerung braucht zusätzliche Felder. Ein gewisser Druck besteht immer wegen des Bevölkerungswachstums, das in allen Ländern der EAC (East African Community – Ostafrikanische Gemeinschaft) über 2,3 Prozent beträgt. Während der Pandemie haben wir jedoch mehr Wälder, Grasland und Feuchtgebiete verloren, als wir das normalerweise tun. Das schwächt unsere Ökosysteme und die biologische Vielfalt mit dem Effekt, dass sie dem Klimawandel schlechter widerstehen können. Zugleich verschwinden aber CO<sub>2</sub>-Senken, was die globale Erhitzung zusätzlich antreibt. In unserer Weltgegend verstärken sich Armut, Bevölkerungswachstum und die globale Umweltkrise wechselseitig – und Corona hat alles weiter verschlimmert.

## Brauchen afrikanische Länder Konjunkturprogramme für einen nachhaltigen Aufschwung im Sinne eines Green New Deal? Das Ziel wäre, zugleich Armut zu bekämpfen und die ökologische Transformation voranzutreiben.

Wir brauchen auf jeden Fall einen Wirtschaftsaufschwung, um Leute aus der Not zu retten. Ich glaube aber nicht, dass der Begriff „nachhaltig“ beschreibt, was zurzeit geschieht. Unsere Regierungen konzentrieren sich darauf, die Wirtschaft zu stimulieren, kümmern sich aber wenig um ökologische Nachhaltigkeit. Um Armut zu bekämpfen, brauchen wir offensichtlich Wachstum. Leider ist vielen aber weniger klar, dass dieses Wachstum auch auf Dauer umweltverträglich sein muss. Unsere Regierungssysteme sind tendenziell schwach, aber nur starke Institutionen können langfristig planen. In geringstentwickelten Ländern (LDCs – least-developed countries) sind auch die Staatsfinanzen immer knapp, also gibt es kaum Spielraum für Konjunkturpolitik – und das verstärkt die Neigung zum kurzfristigen Denken weiter.

## Wenn politische Entscheidungsträger an Umwelt denken, interessieren sie sich ver-



Savannen stehen unter Druck und brauchen Schutz.



Feuchtgebiete sind lebenswichtig.

### mutlich mehr für Klimaanpassung als für Klimaschutz.

Richtig. Generell wird gedacht, Afrika habe nur sehr wenig zur globalen Erhitzung beigetragen, also könnte es auch wenig dagegen tun. Da LDDs unter Klimafolgen besonders leiden, ist indessen allen klar, wie wichtig Anpassung ist. Leider ist dieses Denken falsch. Verkehr, Stromerzeugung und Industrie verursachen bei uns tatsächlich nicht viele Treibhausgase, aber Entwaldung, Feuchtgebietsverlust und die Zerstörung von Ökosystemen verschärfen die Klimakrise ebenfalls. Unser Beitrag zum Klimaschutz muss sein, die Natur zu schützen.

### Wie kann sich denn ein Land wie Uganda auf ein heißeres Klima einstellen?

Wir können eine Menge tun. Wenn früher Infrastruktur gebaut wurde, achtete kaum jemand auf Wetterrisiken. Heute ist das anders. Bei Planung und Bau von wichtigen Straßen werden Hochwasserrisiken allmählich bedacht. Ähnlich lässt sich auch sicherstellen, dass extremer Regen oder Hitzewellen die Stromversorgung nicht beeinträchtigen. Kleine Bewässerungssysteme, für die typischerweise Regenwasser gesammelt wird, sind oft sehr wertvoll. Sie verbessern Ernten und reduzieren die Dürrierisiken. Afrikanische Regierungen verstehen solche Dinge, und das wirkt sich auf nationale Anpassungspläne aus. Naturnahe Lösungen sind meist am besten, weil sie vergleichsweise wenig kosten, aber sowohl für

Klimaanpassung als auch für Klimaschutz gut sind.

### Bitte erklären Sie das genauer?

Wie gut örtliche Gemeinschaften mit Notlagen zurechtkommen, hängt von der Widerstandskraft der Ökosysteme ab, auf die sie angewiesen sind. Grundsätzlich geht es also darum, den menschlichen Lebenswandel mit nachhaltiger Landnutzung in Einklang zu bringen, anstatt um jeden Preis die Produktivität durch den Einsatz vermeintlich moderner Technik zu steigern (siehe Susanne Neubert in der E+Z Digitalen Monatsausgabe 2021/11). Sehr vielversprechend finde ich in Uganda das Wetlands Restoration Project des Adaptation Fund, das von unserem Wasser- und Umweltministerium umgesetzt wird. Die Menschen vor Ort nehmen daran teil, und weil sie die Bedeutung ökologischer Ressourcen kennen, legen sie großen Wert auf Erfolg. Wälder und Savannen brauchen natürlich ebenso Aufmerksamkeit wie Feuchtgebiete.

### Welche internationale Unterstützung brauchen Sie? Länder mit hohem Einkommen haben riesige Konjunkturprogramme aufgelegt, aber Länder mit niedrigen Einkommen können sich das nicht leisten.

Wir brauchen auf jeden Fall Geld. Ob Sie das Klimafinanzierung, Entwicklungshilfe (ODA – official development assistance) oder Schuldenerlass nennen, ist zweitrangig. Geld ist aber nicht alles. Die Qualität der

Regierungsführung ist ebenfalls wichtig. Staatliche Stellen müssen dafür sorgen, dass die Mittel dahin fließen, wo sie gebraucht werden – und zwar besonders zu örtlichen Gemeinschaften. Internationale Partner sollten deshalb nicht nur mit unseren Regierungen sprechen. Sie müssen auch auf Graswurzel-Initiativen hören. Die Leute an der Basis wissen, welche Art von Infrastruktur, Gesundheitswesen, öffentlichen Dienstleistungen und so weiter sie brauchen. Unsere nationalen Regierungen verstehen auch, dass internationale Unterstützung auf dieser Ebene wirken kann. Diesem Zweck dient die LDC Initiative for Effective Adaptation and Resilience (LIFE-AR), die einige Regierungen gestartet haben. Das Ziel ist, die Leistungsfähigkeit von Kommunen mit wirkungsvollen Systemen und Finanzmechanismen zu stärken.

### Bilaterale und multilaterale Akteure kommen am Zentralstaat nicht vorbei, wenn sie örtliche Gemeinschaften unterstützen wollen. Es gibt auch nicht überall starke subnationale Institutionen, wie das in Kenia zum Beispiel die Counties sind.

Das stimmt, Dezentralisierung ist wichtig – und Geberinstitutionen können sie mit technischer Zusammenarbeit fördern. Andererseits müssen wir auch grenzüberschreitend handeln. Afrikanische Bevölkerungsgruppen nehmen nämlich wenig Rücksicht auf nationale Grenzen, die das Gebiet, in dem sie traditionell leben, durchschneiden. Nomaden ziehen weiträumig umher, und in Krisenzeiten begeben sich Menschen zu Verwandten in einem anderen Staat. In solchen Fällen sollte eine Bevölkerungsgruppe Unterstützung nicht nur in einem Land finden. Ganz grundsätzlich muss die Politik über nationale Belange hinaus denken, weil wir mit globalen Problemen ringen, für die wir internationale Lösungen brauchen.

### LINK

#### Informationen zu LDC LIFE-AR:

<https://www.iied.org/supporting-ldc-initiative-for-effective-adaptation-resilience-life-ar>



**DAVID MFITUMUKIZA** ist Senior Lecturer an der Fakultät für Geographie, Geoinformatik und Klimaforschung der Makerere-

Universität in Ugandas Hauptstadt Kampala.  
dmfitumukiza@gmail.com



GRÜNER AUFSCHWUNG

# Nachhaltige Wiederbelebung der Wirtschaft

**Um nach der Corona-Pandemie wieder zu Wohlstand zu kommen, hat Lateinamerika zu stark auf kurzfristige Maßnahmen statt auf eine langfristige umweltfreundliche Politik gesetzt. Die Region sollte ihre Ressourcen für eine breite Palette längerfristiger grüner Sanierungsansätze nutzen.**

Von José Siaba Serrate

Um sich wirtschaftlich von der Corona-Pandemie zu erholen, müssen Lateinamerika und die Karibik (LAC) mehr tun als viele andere. Die Pandemie hat die Region hart getroffen. Mit nur acht Prozent der Weltbevölkerung hat sie bislang fast ein Drittel aller Todesfälle.

Auch die Ökonomie hat gelitten: 2020 schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 6,8 Prozent – weltweit dagegen nur um drei Prozent. Die Erwerbstätigkeit ging 2020 in der LAC-Region um 16 Prozent zurück. Das war fast die doppelte Rate weltweiter Jobverluste. Laut UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC – Economic Commission for Latin America and the Caribbean) sind Armut und extreme Armut so schlimm wie seit 12 bis 20 Jahren nicht mehr.

Die Region hat sich von der Pandemie kaum erholt. Um den Aufschwung zu beschleunigen, haben politisch Verantwortliche stärker auf kurzfristige Maßnahmen gesetzt als auf für langfristiges Wachstum wesentliche Umweltprojekte. Das ist fehlgeleitete Politik. Die Bekämpfung des Klimawandels ist nötig für eine langfristige Erholung und kann sie sogar beschleunigen.

Umgekehrt gilt auch: Ohne Umweltschutz wächst die Armut vermutlich. Die Corona-Pandemie hat 4,8 Millionen Lateinamerikaner in die extreme Armut getrieben; Schätzungen zufolge wird die Klimakrise dasselbe bis Ende des Jahrzehnts für weitere 5 Millionen bewirken. Hohe Bevölkerungsdichten in Risikogebieten machen die Region bei Naturkatastrophen besonders

verwundbar. Andererseits braucht die Region auch wohlkonzipierte gesundheits- und sozialpolitische Initiativen.

Bisher beruht die Konjunkturpolitik der LAC-Regierungen zu wenig auf nachhaltigen Konzepten. 2020 stellten die 33

Sicherlich kann die LAC-Region nicht mit den massiveren fiskal- und geldpolitischen Konjunkturpaketen höher entwickelter Volkswirtschaften mitziehen. Aber sie kann entscheiden, wie sie ihre Mittel einsetzt. Leider flossen laut GRO bislang 77 Prozent der regionalen Konjunkturlösungen in Kurzzeitprojekte und nur 16,1 Prozent in Langzeitprojekte.

Auch bei den Konjunkturaufwendungen mit ökologisch nachhaltiger Ausrichtung hinkt die Region mit 0,5 Prozent der Gesamtausgaben der übrigen Welt mit 2,8 Prozent hinterher.

Auch in absoluten Zahlen ist der Vergleich extrem. Hochentwickelte Volks-



Lateinamerikas Wirtschaft braucht nachhaltige Investitionen, um langfristig zu florieren.

LAC-Länder 318 Milliarden Dollar für Konjunkturmaßnahmen bereit – davon aber nur 46 Milliarden Dollar für grüne Ansätze. Bei internationaler Zusammenarbeit liegt die Quote für Ökoprojekte mit 14,5 Prozent unter dem globalen Durchschnitt von 19 Prozent, wie das Global Recovery Observatory (GRO) – eine Initiative der Universität Oxford, des Umweltprogramms der UN (UNEP – UN Environment Programme), des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) – ermittelt hat.

wirtschaften wiesen durchschnittlich 12 700 Dollar pro Kopf für die Post-Corona-Konjunktur zu; Schwellen- und Entwicklungsländer 650 Dollar, und die LAC hinkten mit nur 490 Dollar pro Kopf (Stand Mai 2021) hinterher.

## KÜNFTIGE CHANCEN

Zum Glück kann die Region die Kluft zwischen den aktuellen Ausgaben für grüne Vorhaben zur Rettung der Umwelt und dem, was sie ausgeben könnte und sollte, verringern. Sie erhielt zeitnah Hilfen von



multilateralen Institutionen. Die Neuausgabe von IWF-Sonderziehungsrechten spülte 43,5 Milliarden Dollar in die Staatskassen.

Auch ihren Rohstoffreichtum können LAC-Länder für grünen Aufschwung nutzen. Die Region hat 22 Prozent der Wälder weltweit, könnte also als globaler Kohlenstoffspeicher dienen. Sie verfügt über für die Dekarbonisierung nötige Bodenschätze. Zudem ist sie ein wichtiger Nettoexporteur von Nahrungsmitteln mit enormem Potenzial für emissionsarme Landwirtschaft und Aquakultur. Laut Weltbank hat die Region auch den saubersten Energiemix der Welt.

Regierungen sollten derlei nutzen, um erneuerbare Energien zu fördern und damit universelle Versorgung mit Strom und sauberen Kraftstoffen schaffen. Sie sollten auch

Wasserkraft ausbauen, die Stromübertragung modernisieren und die Energieeffizienz steigern (siehe hierzu Kasten unten auf dieser Seite: „Vielfältige Optionen“).

Regierungen könnten auch mehr tun, um private Investoren für erneuerbare Energieversorgung zu gewinnen. Einige tun das bereits. Einschlägige Ausschreibungen beflügeln den Ausbau von Solar-, Wind-, Wasserkraft- und Biomasseprojekten in der LAC-Region. So entstanden bereits ökologisch nachhaltige Anlagen im Wert von mehr als 46,8 Milliarden Dollar mit einer Gesamtkapazität von 27 Gigawatt.

Die LAC-Regierungen sollten zudem Geschäftschancen in Fischerei, Aquakultur, Forstwirtschaft und klimafreundlicher Landwirtschaft nutzen. Sie sollten die Auf-

bereitung von Abwässern fördern, Leckagen mindern und mit neu ausgerichteten Subventionen Energieeffizienz und saubere Brennstoffe fördern. Durchschnittlich mehr als 250 Milliarden Dollar hat die Region jährlich bislang für Energiesubventionen ausgegeben. Statt fossile Brennstoffe zu unterstützen, sollte sie CO<sub>2</sub>-Emissionen besteuern.

### INNOVATIVE FINANZIERUNG

Die LAC-Region sollte obendrein innovativ bei der Finanzierung des grünen Aufschwungs fördern. Es ermutigt, dass sowohl staatliche Institutionen als auch private Firmen ökologisch nachhaltige Konzepte zunehmend über den Kreditmarkt finanzieren.

## Vielfältige Optionen

Regierungen in Lateinamerika und der Karibik (LAC) sollten sich bei der Planung eines grünen Aufschwungs auf naturnahe Lösungen, Digitalisierung sowie die Modernisierung der Verkehrs- und Energieinfrastruktur konzentrieren. Auf allen drei Feldern gibt es vielfältige Optionen.

Naturbasierte Lösungen kommen in der Konjunkturpolitik oft zu kurz. Relevant sind die Bewirtschaftung und Wiederherstellung von Ökosystemen, denn so können die Folgen von Überschwemmungen, Trockenheit und extremer Hitze gemindert werden. Nützlich ist etwa die Pflege von Mangrovensträuchern oder -bäumen, die an Meeresküsten oder entlang leicht salzhaltiger Binnengewässer wachsen. Diese Vegetation schützt das umliegende Land sowie Infrastruktur (Brücken, Straßen et cetera). Obendrein dienen sie der Gesundheit, schaffen Jobs und sorgen für sauberes Wasser.

Vielfach bleibt das Potenzial naturbasierter Lösungen ungenutzt. Laut UN Global Compact – einem Nachhaltigkeitsbündnis der UN für Privatfirmen – können sie ein Drittel zu dem beitragen, was zur Erreichung der globalen Klimaziele bis 2030 nötig ist.

Digitalisierung – Auch die Nutzung digitaler Technik für effizientere Wertschöpfung wird oft vernachlässigt, könnte

aber den grünen Aufschwung fördern. Idealerweise ermöglicht die Digitalisierung einen sozial inklusiven Wandel, weil sie Informationen zugänglich macht und Kommunikation vereinfacht. Digitale Technik ist fast unbegrenzt einsetzbar – bei Zahlungssystemen, bei der finanzwirtschaftlichen Inklusion oder im Bildungs- und Gesundheitswesens. Elektronische Plattformen können kleinen und mittelständischen Unternehmen Geschäftschancen verschaffen und dazu beitragen, Regionen in die Weltwirtschaft zu integrieren.

Bessere Verkehrs- und Energieinfrastruktur würde den grünen Aufschwung ebenfalls beschleunigen. 65 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen in LAC entstehen durch Verkehr und Stromerzeugung. Für die urbane Luftqualität wäre mehr elektrisch angetriebener Transport gut. Über 435 000 vorzeitige Todesfälle würden vermieden, wenn in fünf großen Städten Lateinamerikas – Buenos Aires, Santiago de Chile, San José (Costa Rica), Mexiko-Stadt und Cali (Kolumbien) – alle Autofahrer Elektrofahrzeuge nutzten.

Wirtschaftlicher Aufschwung und nachhaltige Energie- und Verkehrsinfrastruktur sind verknüpft. Grüne Technologien in diesen Sektoren schaffen kurzfristig Jobs und langfristig eine lebenswertere Umwelt. Mit Net-Zero-Emissions-Strategien könnte die LAC-Region laut einer Studie von Interamerikanischer Entwicklungsbank und Internationaler Arbeitsorganisation von 2020 bis 2030 netto 15 Millionen neue Jobs in den Sektoren erneuerbare Energien, Bau, verarbeitendes Gewerbe und nachhaltige Landwirtschaft generieren. JSS



Naturbasierte Lösungen helfen weiter: Mangrovenwald in Panama.

2020 gaben LAC-Emittenten mehr grüne Anleihen aus denn je. Von September 2019 bis Juni 2021 (also in weniger als zwei Jahren) hat sich die Emission grüner Anleihen in der LAC-Region mehr als verdoppelt: von 13,6 Milliarden auf 30,2 Milliarden Dollar. Ende 2021 hielt der positive Trend an.

Motor dieses Wachstums war vor allem Chile mit Staatsanleihen in Höhe von 3,8 Milliarden Dollar. Es folgte Brasilien mit verschiedenen Emittenten, die zusammen auf 2,5 Milliarden Dollar kamen. Zudem stiegen in den vergangenen zwei Jahren mache Länder erstmals in das Geschäft mit Öko-Anleihen ein. Mit Barbados, Bermuda, Ecuador, Panama und Argentinien haben nur 15 LAC-Länder grüne, soziale und nachhaltige Anleihen aufgelegt.

Unter den ethischen Anleihen sind ökologische Papiere am besten etabliert. Zunehmend beliebt sind auch nachhaltigkeitsgebundene Anleihen (SLBs), für die obendrein Sozialstandards und Kriterien für gute Regierungsführung gelten. 2020 etwa gab die Banco del Estado de Chile – eine 1953 öffentlich-rechtliche Bank – eine auf Yen lautende „Frauenanleihe“ aus, die den Gegenwert von 95 Millionen Dollar einbrachte. Ihr Zweck ist, chilenischen Unternehmerinnen Zugang zu Finanz- und anderen Dienstleistungen zu verschaffen.

In der LAC-Region dominieren Firmen der Realwirtschaft sowie staatliche Stellen mit 39 beziehungsweise 25 Prozent den Markt für grüne Anleihen. Multilaterale Entwicklungsbanken (MEB) waren

diesbezüglich weniger aktiv. Ihr Anteil am regionalen Markt für grüne Anleihen sank von 18 Prozent 2019 auf 14 Prozent 2021. Dennoch spielen sie weiterhin eine wichtige Rolle und können für neuen Schub sorgen (siehe hierzu Kasten unten auf dieser Seite: „Schub von Entwicklungsbanken“).



**JOSÉ SIABA SERRATE**  
ist Wirtschaftswissenschaftler an der Universität von Buenos Aires und der Universität des Centre for Macroeconomic

Study (UCEMA), einer Privatuni in Buenos Aires. Er ist zudem Mitglied des Argentinischen Rats für Internationale Beziehungen (CARI).  
[josesiaba@hotmail.com](mailto:josesiaba@hotmail.com)

## Schub von Entwicklungsbanken

Multilaterale Entwicklungsbanken setzen enorme Ressourcen ein, um grünen Aufschwung zu fördern.

Multilaterale Entwicklungsbanken (MEB) sind wichtige Akteure bei den Bemühungen um nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung in Lateinamerika und der Karibik. Neben der direkten Projektfinanzierung helfen sie dabei, Milliarden für „grüne“ Infrastrukturprojekte aus dem Privatsektor zu gewinnen. Obendrein unterstützen sie Kreditnehmer mit Rat und Expertise.

2021 stellte die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) in der LAC-Region neue Darlehen im Wert von 19,5 Milliarden Dollar bereit. Fast 70 Prozent davon entfielen auf klimapolitische Zwecke. Die IDB will in den nächsten vier Jahren weitere 24 Milliarden Dollar für Klima- und Umweltfinanzierungen bereitstellen. Alle geförderten Projekte müssen mit dem Pariser Abkommen übereinstimmen.

Auch die in Venezuela ansässige Anden-Entwicklungsbank CAF (Corporación Andina de Fomento), die 19 Regierungen und 13 Privatbanken gehört, stellt umfangreiche Mittel für ökologisch relevante Projekte bereit. In den nächsten fünf Jahren will sie die Länder mit 25 Milliarden Dollar dabei unterstützen, ihre Klimaresistenz zu stärken, Projekte für erneuerbare Energien zu entwickeln, Treibhausemissionen zu reduzieren sowie die biologische Vielfalt und den Naturschutz generell zu fördern.

Neben der direkten Finanzierung übernehmen MEB auch die Konsortialführung bei Großprojekten. Das macht es leichter, private Kreditgeber zu gewinnen und zugleich die Interessen der Kreditnehmer zu schützen. Projekte zur Verbesserung der Umwelt und zur sozialen Eingliederung fruchten meist erst nach Jahren. Damit sie sich betriebswirtschaftlich rechnen, sind niedrige Zinssätze, flexible Tilgungsfristen

und großzügige Sicherheitskonditionen nötig. So können grundsätzlich Rückzahlungen nur aus Projektgewinnen, nicht aber aus sonstigem Vermögen der Kreditnehmer zugesagt werden.

MEB können bei solchen Vorhaben die Chancen nutzen, die ihre großen Netzwerke bieten. Die IDB zum Beispiel ist eine grüne Partnerschaft mit mehr als 40 anderen Entwicklungsfinanzierern in der LAC-Region eingegangen. Diese Gruppe hat bereits mehr Kreditlinien im Volumen von

2 Milliarden Dollar bereitgestellt und damit Privatinvestitionen im Wert von 6 Milliarden Dollar ermöglicht.

Ähnliche Unterstützung kann auch von einem Netzwerk mit 72 nationalen Entwicklungsbanken geleistet werden. Zusammen verfügen sie über Vermögenswerte von 1,7 Billionen Dollar, ein gemeinsames Portfolio von 1 Billion Dollar und fast 80 000 Zweigstellen in der Region. Gemeinsam können sie eine starke Kraft für den grünen Aufschwung sein. JSS



**Mauricio Claver-Carone**, Präsident der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB).



Flutschäden im Ahrtal im Sommer 2021.

STAATSFINANZEN

## „Das sind keine Steuereinnahmen“

Die fragmentierte multilaterale Institutionenlandschaft trägt zu einer globalen Finanzsituation bei, die aus Sicht von Entwicklungsländern komplett unfair ist. Der Klimaforscher Saleemul Huq erörtert die Lage im E+Z/D+C-Interview.

Saleemul Huq im Interview mit Hans Dembowski

Meiner Einschätzung nach laufen die Ergebnisse des Klimagipfels COP26 in Glasgow darauf hinaus, dass Marktkräfte die Klimakrise in den Griff bekommen sollen. Die Beschlüsse laden Privatunternehmen dazu ein, die Initiative zu ergreifen, setzen sie aber nicht sonderlich unter Druck. Das ist, was die Regierungen von Ländern mit hohen Einkommen wollten, und wenn alles gut läuft, bleibt die globale Erwärmung möglicherweise unter 1,5°. Sehe ich das richtig? Ja, aber Sie übersehen dabei etwas Wichtiges. Der Gipfel lief wie immer. Es gab kleine Fortschritte in die richtige Richtung, also stehen wir jetzt ein bisschen besser da als vorher. Aber die COP26 hat nicht zur Kenntnis genommen – und das gilt besonders für die Delegation aus Hocheinkommensländern –, wie verheerend die Auswirkungen des Klimawandels bereits sind. Seit

Anfang der Industriellen Revolution sind die Temperaturen im Schnitt um 1,1° gestiegen. Voriges Jahr hat das Klima laut an die Türen Europas und Nordamerikas geklopft. Extremwetterlagen richteten verheerende Schäden an. Im Juli starben in Deutschland rund 180 Menschen wegen Hochwasser. Ende Dezember vernichteten Waldbrände im Großraum Denver/Boulder, im hochentwickelten Zentrum von Colorado, rund 1000 Wohnhäuser. Länder mit hohem Einkommen erleiden jetzt Klimakatastrophen, wie sie ärmere Länder schon lange kennen. Trotzdem wurde in Glasgow so getan, als sei Klimawandel etwas Zukünftiges, nichts Gegenwärtiges.

Deuten Sie an, das 1,5°-Ziel des Pariser Abkommens sei obsolet geworden?

Nein, überhaupt nicht. Es bleibt wichtig, wenn wir die Kontrolle nicht ganz verlieren wollen. Worum es mir geht, ist, dass die Klimakrise hier ist und wir jetzt handeln müssen. Die Art von eben genannten Desastern werden wir in den nächsten 20 bis 30 Jahren ständig erleben, egal, was wir jetzt tun. Die Durchschnittstemperaturen steigen Jahr für Jahr. Das 1,5°-Ziel ist wichtig, aber die Zeit drängt. Das war in Glasgow nicht zu spüren.

Es wird viel von besserem Neuaufbau und nachhaltigem Aufschwung gesprochen, aber die vielen Konjunkturprogramme in der Corona-Pandemie sind nur in geringem Umfang auf ökologische Transformation ausgerichtet worden. Internationale Koordination – Fehlanzeige. Bis März 2021 hatten die 30 größten Volkswirtschaften zusammen 14 900 Milliarden Dollar aufgewendet – aber nur 1800 Milliarden davon für Umweltschutz. Länder mit niedrigen Einkommen haben derweil gar keinen Finanzspielraum für solche Politik.

Aus Sicht der Entwicklungsländer ist das Finanzszenario komplett unfair. Wohlhabende Länder bleiben ständig hinter ihren Versprechen zurück. Das krassste Beispiel sind aktuell die 100 Milliarden Dollar Klimafinanzierung, die, wie 2009 in Kopenhagen informell versprochen und dann 2015 in Paris festgeschrieben, spätestens 2020 fließen sollten. In unserem vorherigen Interview sagte ich Ihnen ja schon, dass 2020 bereits 20 Milliarden bis 30 Milliarden davon ausblieben (siehe E+Z Digitale Monatsausgabe 2021/05). Bis heute wird darüber nicht einmal systematisch Buch geführt. In Glasgow sagten reiche Nationen schlicht „sorry“ – und gelobten erst 2023 die vollen 100 Milliarden Dollar. So unterhöhlen sie permanent ihre eigene Glaubwürdigkeit. Das Versprechen, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) aufzuwenden, haben die meisten seit Mitte der 1970er noch nie erfüllt. Deutschland tut das dank Ausgaben für Geflüchtete erst seit wenigen Jahren – aber wir haben keine Garantie, dass Sie nicht wieder unter dieses Niveau zurückfallen. Der Club der etablierten Wirtschaftsmächte, die G7, ziert sich, wenn Schuldenerlass nötig wird, während arme Länder unter den Folgen der Klimagase leiden, welche G7-Länder seit Jahrzehnten ausstoßen. In Glasgow hat mich deshalb besonders geärgert, dass Diplomaten aus den USA und der EU im letzten Moment den Wortlaut des Abschlussdokuments dahin gehend änderten, dass es über Schäden und Verluste nur einen „Dialog“ gibt, dafür aber keine „Fazilität“ geschaffen wurde. Die Verhandlungen schleppen sich also weiter dahin, als gäbe es keine Schäden und Verluste. Dabei kommt derlei weltweit täglich vor.

An welche Summen denken Sie?



Jetzt wäre schon mal ein Dollar gut. Ihre Bundesregierung hat nichts zugesagt. Sie investiert in einschlägige Forschung zum Thema, aber das hilft heute schon betroffenen Menschen nicht. Kein Nationalstaat hat Geld gegeben. Die Ministerpräsidentin von Schottland, Nicola Sturgeon, hat 2 Millionen Pfund versprochen. Das war vorbildlich. Die belgische Region Wallonien hat 1 Million Euro zugesagt. Private Stiftungen sind auch eingestiegen, sodass jetzt rund 10 Millionen Dollar beisammen sind. Das ist ein Anfang, bleibt aber im Vergleich zum Bedarf verschwindend gering. Ganz grundsätzlich gilt, dass alles, was wir mit Schlagworten wie Klimafinanzierung, ODA et cetera diskutieren, immer weit unter den Summen bleibt, die wirklich nötig sind. Hunderttausende Milliarden sind nötig, um das 1,5°-Ziel zu erreichen, wobei Privatinvestitionen natürlich eingeschlossen ist. Dass Großkonzerne mittlerweile aufwachen, ist erfreulich – aber die Politik bleibt unkoordiniert.

**Wer käme für Koordination denn infrage?**

Ich finde, Kristalina Georgieva, die Direktorin des Internationalen Währungsfonds, leistet sehr gute Arbeit. Sie versteht, worum es geht – auch die Dringlichkeit von Impfkampagnen in Entwicklungsländern (siehe Chimezie Anajama in der E+Z Digitalen Monatsausgabe 2021/06). Das ist noch ein Thema, bei dem uns reiche Nationen im Stich lassen. Georgievas Initiative, neue Sonderziehungsrechte auszugeben, war großartig (siehe Kathrin Berensmann in der E+Z Digitalen Monatsausgabe 2021/10). Folglich haben Regierungen weltweit jetzt Zugriff auf

IWF-Geld im Wert von 650 Milliarden Dollar, wobei der Anteil der Länder mit niedrigen Einkommen aber lediglich 21 Milliarden beträgt. Selbst diese vergleichsweise winzige Summe hilft. Reichere Nationen sollten ihre Sonderziehungsrechte zur Unterstützung schwächerer Partner nutzen. Dieses Geld hat ihnen der IWF gegeben. Das sind keine Steuereinnahmen. Ihre nationalen Haushalte bleiben unberührt. Sie können großzügig damit umgehen.

**Sie sagten, es habe in Glasgow Fortschritt gegeben – wo zum Beispiel?**

Von der unzureichenden Klimafinanzierung reicher Länder flossen bisher 80 Prozent in den Klimaschutz, obwohl Anpassung genauso wichtig ist. Klimaschutzvorhaben wie etwa erneuerbare Stromerzeugung sind oft profitabel. Mit Anpassung lässt sich kein Geld verdienen, aber besonders klimgefährdete Länder, die zur globalen Erhitzung kaum beigetragen haben, brauchen sie dringend. Ein positives Glasgow-Ergebnis ist, dass das Geld für Anpassung verdoppelt wird. Das ist immer noch weniger als die Hälfte der Klimafinanzierung, die wir gefordert hatten, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung.

**Wird das Geld denn sinnvoll verwendet?**

Bislang kommt es leider den ärmsten und verwundbarsten Gemeinschaften kaum zugute. Diese Menschen müssen mehr Einfluss bekommen. Internationale Agencies können dazu beitragen. Sie sollten darauf hören, was die lokale Zivilgesellschaft will, denn die Betroffenen wissen am besten, was



nötig ist. Auf der Basis könnten internationale Partner dann von Behörden in Entwicklungsländern Rechenschaft verlangen und verfolgen, was mit dem Geld passiert.

**Was lehrt uns Covid-19?**

Ich denke, die wichtigste Lehre ist, dass wir uns auf Überraschungen einstellen müssen. Es hieß die USA und das britische Königreich seien besonders gut auf mögliche Pandemien vorbereitet. Sie verzeichneten aber besonders hohe Mortalitätsraten. Generell unterschätzen Spitzenpolitiker reicher Nationen bestehende Risiken.

**Wie kommt Ihr Heimatland Bangladesch mit dem Klimawandel zurecht?**

Einerseits werden extreme Wetterlagen immer schlimmer und zerstören die Lebensgrundlagen vieler Menschen. Andererseits sind wir mittlerweile sehr gut darin, bei Katastrophen niemanden zurückzulassen. Wir haben ständig Hochwasser, die schlimmer sind als das, was Sie kürzlich erlebt haben, und normalerweise stirbt niemand. Unsere Frühwarnsysteme funktionieren. Alle bekommen SMS-Warnungen auf ihre Handys. Die Leute wissen, was sie tun müssen. Das lernen Jugendliche in der Sekundarstufe, und sie geben ihr Wissen an Angehörige und Nachbarn weiter. Viele übernehmen im Notfall zudem individuelle Verantwortung – etwa für die alleinlebende alte Frau im Dorf, wahrscheinlich eine der letzten ohne Mobiltelefon. Was Katastrophenschutz angeht, kann Deutschland von uns lernen. Hätten Sie SMS-Warnungen wie wir, hätte es im Sommer weniger Tote gegeben.



**SALEEMUL HUQ**  
ist Direktor des International Centre for Climate Change and Development (ICCCAD) an der Independent University

Bangladesh (IUB) in Dhaka.  
saleemul.huq@icccad.org  
<http://www.icccad.net/>



Niedergebrannte Siedlung im Großraum Denver/Boulder Ende 2021.

KLIMAKRISE

# Mit Klimaschäden umgehen

**Die Erderhitzung verursacht schon jetzt verheerende Schäden und enormes menschliches Leid. Zwei Thinktanks, IIED aus London und ICCCAD aus Dhaka, haben gemeinsam einen Report veröffentlicht, der zeigt, wie mit den Herausforderungen umzugehen ist.**

Von **Wanjohi Kabukuru**

Während die Klimakrise Naturkatastrophen schlimmer macht, schwindet die Aufmerksamkeit der Medien weltweit. Sie berichten kaum darüber, dass seit Monaten Millionen Menschen in Ostafrika wegen schwerer Dürre auf Hilfe angewiesen sind oder dass der Taifun Rai vor Weihnachten die Philippinen massiv traf.

Im vergangenen Jahrzehnt trugen Entwicklungsländer und kleine Inselentwicklungsländer (Small island developing states – SIDS) die Hauptlast von Klimagefahren wie Zyklonen, Starkregen, Hitzewellen und Dürren. Der Zyklon Harold etwa verursachte 2020 einen Schaden von etwa 440 Millionen Dollar in Vanuatu, einem kleinen Inselstaat im Pazifik. Das ist knapp die Hälfte des jährlichen Bruttoinlandsprodukts des Landes. Solche Ereignisse sind einfach zu viel für ein einzelnes Land.

Das International Institute for Environment and Development (IIED) und das International Centre for Climate Change and Development (ICCCAD) haben sich nun zusammengetan und einen „Werkzeugkasten“ in Form eines Reports zusammengestellt für Länder, die besonderen Klimarisiken ausgesetzt sind. Ritu Bharadwaj und Clare Shakya haben ihn herausgegeben, veröffentlicht wurde er kurz vor dem UN-Klimagipfel in Glasgow 2021. Er beinhaltet Fallstudien aus Entwicklungsländern, die kaum zur Klimaerwärmung beigetragen haben, aber stark von ihr betroffen sind.

Die Einleitung beschäftigt sich mit der internationalen Debatte zu Klimaschäden. Seit langem fordern Entwicklungsländer einen Mechanismus, der hilft, das durch Extremwetter verursachte Leid zu kompensieren. Vom UN-Klimagipfel in Glasgow erwarteten sie konkrete Ergebnisse (siehe

ICCCAD-Direktor Saleemul Huq in der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2021/05). Allerdings einigten sich die wohlhabenden Nationen nur darauf, das Thema weiter zu diskutieren – obwohl sie maßgeblich für den Ausstoß von Klimagasen verantwortlich sind.

Der Report von IIED und ICCCAD zeigt, dass Klimaschäden sich negativ auf die Anpassungsfähigkeit vieler Länder auswirken. Viele verschiedene Faktoren spielen eine Rolle: Wichtig ist, in welchem Maße Länder Klimarisiken ausgesetzt sind. Wie die Menschen vor Ort damit umgehen, liegt aber auch an der wirtschaftlichen Entwicklung, dem Armutsniveau, den Fähigkeiten der Regierung, der Qualität der Infrastruktur, der Verfügbarkeit wichtiger Dienstleistungen, der Gesundheit der Bevölkerung und der Ökosysteme sowie vielen anderen Aspekten.

Der Bericht richtet sich an wichtige Akteure in Risikoländern, aber auch an den politischen Diskurs allgemein. Er will:

- Auswirkungen der Klimakrise aufzeigen,
- erklären, was sie für einzelne Personen, Gemeinschaften und Ökosysteme bedeuten,

- Zusammenhänge mit anderen Problemen wie Armut und Konflikten beleuchten,
- Bewältigungs- und Anpassungsstrategien bewerten,
- Wissenslücken aufzeigen und benennen, welche Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen Priorität haben.

Die Fallbeispiele berichten von je sehr spezifischen Umständen: Eines zeigt, welche Auswirkungen der steigende Wasserspiegel von Seen auf private Haushalte in einem Dorf in Tansania hat; ein anderes, wie die Klimakrise im Tschadbecken Konflikte und Umsiedlungen befeuert (siehe Mabin-gué Ngom im Schwerpunkt der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2022/01). Weitere Beispiele behandeln:

- die Auswirkungen von Hitze und Dürre auf einen Bezirk im Norden Indiens,
- die Zerstörung von Infrastruktur in zwei Dörfern in Bhutan und
- wie eine der Inseln Vanuatus den Zyklon Harold überstanden hat.

Wo internationale Unterstützung ausbleibt, entwickeln viele Regierungen eigene Strategien, wie die Autoren berichten, und dabei spielen auch traditionelle Überlebensstrategien eine große Rolle. Die Publikation will unter anderem zeigen, wie effektiv solche Herangehensweisen sind. Das könnte die Grundlage dafür sein, sie zu skalieren.

Konkret könnten etwa Frühwarnsysteme dazu beitragen, Schaden zu begrenzen, argumentieren die Autoren. Zugleich warnen sie davor, dass viele Verluste unwiederbringlich seien und es vielerorts transformative Maßnahmen brauchen werde.

Es ist kein Zufall, dass der Bericht von IIED und ICCCAD sich größtenteils um Mitgliedsländer des Climate Vulnerable Forum (CVF) dreht, eines Zusammenschlusses von 48 Entwicklungsländern. Zusammen vertreten sie beachtliche 1,2 Milliarden Menschen.

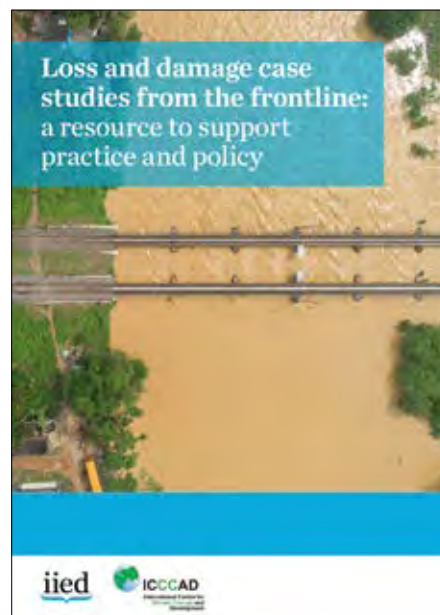
**LINK**

**Bharadwaj, R., and Shakya, C., 2021: Loss and damage case studies from the frontline: a resource to support practice and policy.**  
<https://pubs.iied.org/20551iied>



**WANJOHI KABUKURU** ist ein kenianischer Journalist mit Schwerpunkt auf Umweltthemen.  
[wkabukuru@gmail.com](mailto:wkabukuru@gmail.com)

@WanjohiK



# Die USA müssen besser werden

**Präsident Joe Biden hat gute Klimapläne, muss aber traurigerweise darum kämpfen, dass der Senat wichtigen Maßnahmen zustimmt. Derweil übernehmen von Demokraten geführte Städte und Staaten die Vorreiterrolle beim Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft und schränken Branchen ein, die von fossilen Energien abhängen.**

Von Katie Cashman

Als einer der Hauptverursacher des Klimawandels haben die USA viel Verantwortung bei der Bewältigung der globalen Klimakrise. Kein anderes Land hat je mehr Treibhausgase ausgestoßen. Derzeit sind die USA nach China zweitgrößter Emittent. Nach vier Jahren der völligen Inaktivität unter Donald Trump hat Präsident Joe Biden Klimaschutz zur obersten Priorität gemacht – zumindest formal. Der US-Kongress hat Bidens Agenda aber noch nicht beschlossen.

Es war ein vielversprechender Schritt, als Biden im April 2021 eine Durchführungsverordnung anordnete, um bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen. Bis 2030 wäre der Treibhausgasausstoß damit nur noch halb so hoch wie 2005. Diese Ziele stimmen mit den Forderungen der Wissenschaft überein und liegen weit über den Versprechen der Obama-Regierung zum Pariser Abkommen von 2015. Damals war die Zusage, die Emissionen bis 2025 um mindestens 26 Prozent zu senken.

Das Problem ist: Die USA sind nicht annähernd in der Lage, das zu erreichen. Die Menschheit ist darauf angewiesen, dass die USA Bidens Zusagen einhalten. Das erfordert nie dagewesene staatliche Ausgaben und Maßnahmen auf allen Regierungsebenen. Führenden Umweltorganisationen zufolge werden in den nächsten zehn Jahren jährliche Staatsausgaben in Höhe von einer Billion Dollar erforderlich sein.

Der Kongress verabschiedete jüngst ein Infrastrukturgesetz, das 350 Milliarden Dollar für Umweltmaßnahmen im Laufe dieses Jahrzehnts vorsieht – unter anderem:

- 40 Milliarden Dollar für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs,

- 7,5 Milliarden Dollar für die Förderung von Elektrofahrzeugen und Ladeinfrastruktur,
- 3,5 Milliarden Dollar für bessere Isolierung von Häusern und
- 2,5 Milliarden Dollar für bessere Übertragung sauberer Energie.

Diese Gesetzgebung ist wichtig, reicht aber nicht. Forscher der Princeton University gehen davon aus, dass das zu lediglich einem Prozent weniger Treibhausgasemissionen innerhalb eines Jahrzehnts führt. 350 Milliarden Dollar sind die Hälfte dessen, was die US-Regierung jährlich für ihr Militär ausgibt.

Dem Infrastrukturgesetz sollten noch ehrgeizigere Klimaausgaben folgen. Der Senat erwägt einen umfangreichen, vom Repräsentantenhaus bereits angenommenen Gesetzentwurf namens „Build Back Better“ (BBB), der binnen zehn Jahren weitere 555 Milliarden Dollar in den Klimaschutz investieren würde. Damit könnten die US-Emissionen um fast 15 Prozent gesenkt werden, besonders durch Anreize für den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und durch

Umstellung des nationalen Stromnetzes auf erneuerbare Energien.

Zugleich soll BBB Sozialleistungen in den USA verbessern. Ökologische Nachhaltigkeit und mehr soziale Gerechtigkeit sollen die Corona-Ausfälle abfedern. In Bezug auf CO<sub>2</sub>-Einsparung und soziale Gerechtigkeit hinken die USA anderen wohlhabenden Nationen her.

BBB resultiert weitgehend aus dem, was fortschrittliche Politiker seit Jahren als „Green New Deal“ vorschlugen (siehe meinen Beitrag im E+Z/D+C Digital Monthly 2021/05). Diese Maßnahmen betonen soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Resilienz von Gemeinschaften. Klimaschutz stößt bei der massiven Lobbymacht der Öl- und Gaskonzerne auf Widerstand; diese behaupten, billige Energie und gut bezahlte Jobs zu bieten. Klimastrategien müssen daher wirtschaftliche Chancen bieten – auch für Gemeinschaften, die von fossilen Brennstoffen leben oder unter der Verschmutzung leiden.

Leider ist unsicher, ob der Senat das BBB-Gesetz verabschiedet. Obwohl die Mehrheit der US-Bürger für Präsident Biden und für Abgeordnete gestimmt hat, die sich für den Klimaschutz einsetzen, sind konservative Regionen im Senat überrepräsentiert (siehe Kasten nächste Seite). Derzeit ist unklar, ob das Gesetz je in Kraft tritt – und wenn, dann könnte es drastisch abgeschwächt werden.



**New Mexico hat Öl, ist aber Klimafolgen ausgesetzt. Corona hat die indigene Navajo-Community hart getroffen.**



Eigentlich forderte Biden ein BBB-Budget von mehr als drei Milliarden Dollar für Umwelt- und andere Zwecke über zehn Jahre. Ehe das Repräsentantenhaus zustimmte, kürzten die Gesetzgeber die Summe jedoch auf 1,8 Milliarden Dollar. Einige klimapolitischen Maßnahmen wurden gestrichen, darunter Anreize, um Energieversorger zu motivieren, ihren Anteil an erneuerbaren Energien systematisch zu erhöhen.

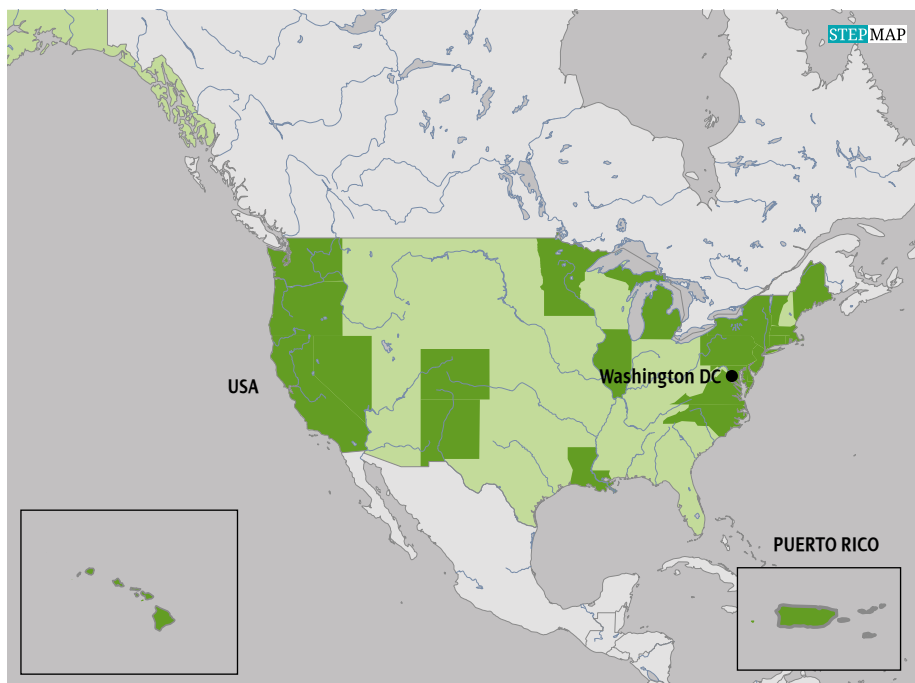
## SUBNATIONALE MASSNAHMEN

In föderalen Regierungssystemen sind subnationale Regierungen sehr wichtig. Während über die BBB noch beraten wird, verabschieden immer mehr subnationale Regierungen ambitionierte Klimagesetze und investieren entsprechend. Progressive Politiker riefen die US-Klimaallianz unter Trump ins Leben, um durch Maßnahmen der Bundesstaaten und Städte eine Dynamik des Klimaschutzes aufrechtzuerhalten. Die Allianz-Staaten sind Vorreiter für eine resiliente Wirtschaft, zudem schützen sie ihre Gemeinden vor Extremwetter, Naturkatastrophen, Verlust der Biodiversität und anderen Klimafolgen. Fast alle Allianzstaaten werden von Demokraten regiert.

„Clean Cars“ ist eine beliebte staatliche Klimapolitik von 14 Staaten und Washington DC. Sie nutzt eine Bestimmung des Bundesgesetzes für saubere Luft (Clean Air Act), um Grenzwerte für Fahrzeug-Abgase festzulegen, die strenger sind als die nationalen Normen. Folglich werden mehr schadstoffarme und emissionsfreie Fahrzeuge verkauft. Hawaii und andere Bundesstaaten bieten zudem Vergünstigungen für die Installation von Ladestationen für Elektrofahrzeuge an.

Kalifornien ist, was saubere Autos angeht, seit Jahrzehnten führend. Seine Emissionsgrenzwerte sind strenger als die der Bundesregierung; daher wurden schon immer sparsamere Autos hergestellt. Niemand wollte sich die Möglichkeiten dieses großen Marktes entgehen lassen.

Der Verkehrssektor stößt weiterhin die meisten Treibhausgase in der US-Wirtschaft aus. Dort kann enorm eingespart werden. Am besten ist es, den Bedarf nach Autos zu mindern. Öffentliche Verkehrsmittel würden das begünstigen. Und die Stadtplanung könnte sich auf eine größere Dichte, bessere Infrastruktur für Fußgänger und Radfahrer sowie auf die Elektrifizierung des Verkehrs



Dunkelgrün zeigt die Mitglieder der US-Klimaallianz, einschließlich Puerto Rico und Washington DC.

konzentrieren und dafür kommunale und staatliche Mittel nutzen.

## SICHERE GEMEINDEN

Auch in anderen Bereichen des Klimaschutzes ist Kalifornien ein Pionier. Das Land will bis 2045 eine CO<sub>2</sub>-neutrale Wirtschaft schaffen und die Öl- und Gasförderung stoppen, wofür es diverser Reformen bedarf. Gouverneur Gavin Newsome will ab 2023 unter anderem neue Öl- und Gasbohrungen innerhalb einer „Bannmeile“ von 3200 Fuß (etwa einem Kilometer) von Wohnhäusern, Schulen und Gesundheitseinrichtungen verbieten. Das soll nicht nur die Klimakrise abmildern. Die Förderung fossiler Brennstoffe führt nachweislich zu Umweltverschmutzung, die gesundheitsschädlich ist und die Sicherheit der lokalen Bevölkerung gefährdet.

Auch in Texas, Colorado und Pennsylvania gibt es Bannmeilen, die aber kleiner sind als die in Kalifornien geplante. Bei der Erdölförderung liegt Kalifornien an Platz sieben unter den 50 Bundesstaaten; dass es die Förderung bis 2045 beenden will, ist ziemlich radikal.

Auch New Mexico ist diesbezüglich ein wichtiger Bundesstaat. Er leidet unter massiven Klimafolgen – besonders Dürre und Wüstenbildung – und verfügt zugleich

über riesige Ölreserven. Gouverneurin Michelle Lujan Grisham hat die Notwendigkeit auf erneuerbare Energien umzustellen, erkannt und ein Anreizprogramm aufgelegt, damit Unternehmen ihre Arbeitskräfte entsprechend schulen.

Der Bundesstaat New York hat ebenfalls eine starke Erfolgsbilanz beim Green New Deal. Bezeichnenderweise heißt das wichtigste, 2019 verabschiedete Gesetz: Climate Leadership and Community Protection Act.

Leider zeigen die republikanischen Verwaltungen weder auf staatlicher noch auf kommunaler Ebene Interesse an ökologischer Nachhaltigkeit oder sozialer Gerechtigkeit. Die US-Politik ist polarisiert. Für die Weltgemeinschaft ist es entscheidend, dass die Demokraten sich durchsetzen. Andernfalls sind die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung unerreichbar.



**KATIE CASHMAN**  
ist Projektkoordinatorin und Mitarbeiterin für Klimapolitik beim Minnesota Center for Environmental Advocacy.

Zuvor arbeitete sie bei verschiedenen internationalen Organisationen für nachhaltige Entwicklung.  
[kcashman23@gmail.com](mailto:kcashman23@gmail.com)

## Wille der Wählerschaft blockiert

Beim Klimagipfel in Glasgow Anfang November versicherte US-Präsident Joe Biden, sein Land sei dem Pariser Abkommen wieder beigetreten und werde alle Versprechen einhalten. Der Kongress hatte seine Wünsche aber noch nicht zum Gesetz gemacht. Wäre das der Fall gewesen, hätte der Staatschef überzeugender geklungen.

Drei Monate später steckt Bidens klimapolitisch wichtiges Paket mit dem Titel „Build Back Better“ (BBB) immer noch im Senat fest (siehe Hauptessay). Dort hat seine Partei eine hauchdünne Mehrheit. Es gibt 50 demokratische und 50 republikanische Mitglieder. Bei Patt gibt Vizepräsidentin Kamala Harris die entscheidende zusätzliche Stimme ab. BBB braucht also jede demokratische Stimme. Zwei fehlen aber: die von Joe Manchin und Kyrsten Sinema, die BBB als „zu teuer“ bezeichnen.

An der Parteibasis sind beide nun unbeliebt. Das tiefer liegende Problem ist aber systemisch. Die beiden Senatsmitglieder sind nur deshalb so wichtig, weil die Republikanische Partei überrepräsentiert ist. Jeder Staat hat unabhängig von seiner Bevölkerungsgröße zwei Senatsmitglieder. Das gilt für Kalifornien mit 40 Millionen Menschen ebenso wie für Wyoming mit 600 000. Ländliche, überwiegend weiße Regionen sind im Senat unverhältnismäßig stark repräsentiert. 50 demokratische Abgeordnete vertreten dort 40 Millionen Menschen mehr, als das 50 republikanische tun.

Obendrein sind weder Puerto Rico mit 3 Millionen Ein-

wohnern noch die Hauptstadt Washington DC mit 700 000 Menschen Staaten. Folglich spielen sie im Senat keine Rolle. Wäre das der Fall, wären Manchin und Sinema nicht so wichtig. In Puerto Rico leben überwiegend Hispanics, und Washington hat viele schwarze Stadtteile. In beiden Gebieten sind republikanische Mehrheiten unwahrscheinlich.

Das System begünstigt Konservative – mit der Folge, dass immer wieder politische Minderheiten ihren Willen bekommen. Biden gewann die Prä-

Stimmenmehrheit ab, wer ins Weiße Haus kommt, sondern von der Mehrheit im Electoral College. Dort sind Staaten, nicht die Wählerschaft, vertreten. 2016 wurde Donald Trump Präsident, obwohl Hillary Clinton fast 3 Millionen Stimmen mehr hatte. Er lag aber in drei entscheidenden Staaten knapp vorn. In rechten Kreisen kursiert die Lüge, Trump habe 2020 gar nicht verloren, und Anhänger von ihm stürmten sogar das Kapitol. Republikanische Abgeordnete tun mittlerweile so, als sei das nichts Besonderes gewesen.

Auch im Obersten Gericht stimmt die Balance nicht. Republikanische Präsidenten

on vertreten, bestätigt wurden. Im ersten Fall verzögerte die republikanische Fraktion das Berufungsverfahren monatelang mit dem Argument, das Wahlergebnis sei abzuwarten. Im letzten Fall paukte sie Trumps Kandidatin wenige Tage vor den Wahlen durch, was ihn das Weiße Haus und sie selbst die Senatsmehrheit kostete.

Das ist politisch brisant. Kürzlich unterband der Supreme Court einen Erlass Bidens mit zusätzlichen Corona-Regeln. Er wollte Beschäftigte großer Unternehmen zur Impfung oder alternativ zu Tests und Masken verpflichten. Umfragen zufolge fanden 52 Prozent das gut. Das Gericht fand aber individuelle Entscheidungsfreiheit wichtiger.

Biden sagt in internationalen Kreisen gern, Amerika sei nach der erratischen Trump-Regierung nun „wieder da“. Völlig überzeugend klingt er nicht. Offensichtlich kann Trump oder jemand Ähnliches wieder an die Staatsspitze kommen. Wer die US-Politik beobachtet, weiß auch von den intensiven Bemühungen in republikanisch regierten Bundesstaaten, das Wahlrecht so zu ändern, dass das wahrscheinlicher wird. Die Demokratische Partei bemüht sich im Kongress, Wahlmanipulationen durch Bundesrecht Grenzen zu setzen. Doch wieder spielen Manchin und Sinema nicht mit, obwohl Umfragen in der Bevölkerung Mehrheiten für die demokratischen Vorschläge erkennen.

Die Weltmachtrolle der USA hängt auch davon ab, die richtigen Exempel zu statuieren. Unter Trump tat sie das nicht – und leider sieht die Demokratie dort auch heute erschreckend wackelig aus.

KC/DEM



An der demokratischen Basis zunehmend unbeliebt: Joe Manchin und Kyrsten Sinema.

sidentschaft mit großem Vorsprung, und in den Senats- und Repräsentantenhaus-Wahlen bekam seine Partei, die Klimaschutz will, mehr Stimmen als die Konkurrenz. Bislang setzt sich aber die Minderheit durch.

Auf ähnlich problematische Weise hängt nicht von der

haben sechs von neun Richterrinnen und Richter berufen. Trump, der nie eine Mehrheit hatte und auch in Umfragen unter Zustimmungswerten von 50 Prozent blieb, benannte drei von ihnen, welche dann von knappen Senatsmehrheiten, die weniger als die Hälfte der Nati-

DEUTSCHLAND

# Doppeltes Tempo nötig

**Die deutsche Wirtschaft erholt sich von der Pandemie. Doch sie muss sich in kurzer Zeit erheblich verändern, damit das Land seine verschärften Klimaziele erfüllt.**

Von Jörg Döbereiner

Covid-19 schickte die deutsche Wirtschaft auf Talfahrt: Im ersten Corona-Jahr 2020 brach das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr ein. Im Jahr 2021 erholte sich die Konjunktur: Das BIP legte um 2,8 Prozent zu, die Arbeitslosenquote sank geringfügig auf durchschnittlich 5,7 Prozent. Gründe dafür sind neben der stabilen Ausgangslage auch massive staatliche Unterstützungen und das arbeitspolitische Instrument der Kurzarbeit, das Arbeitslosigkeit verhindert hat.

Da zur Bekämpfung der Coronakrise weniger Finanzmittel nötig waren als geplant, will die neue Bundesregierung davon 60 Milliarden Euro in einen Transformations- und Klimafonds stecken. Tatsächlich sind die klimapolitischen Herausforderungen Deutschlands so enorm, dass jeder Cent willkommen ist. Nachdem das Bundesverfassungsgericht im vergangenen Jahr das ursprüngliche Klimagesetz gekippt hatte, musste Deutschland seine Emissionsziele verschärfen. Das neue Ziel lautet, den

Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 um 65 Prozent gegenüber 1990 zu mindern. Spätestens 2045 soll Deutschland klimaneutral wirtschaften (siehe Artikel von Hans Dembowski in der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2021/09).

Derzeit befindet sich das Land allerdings auf keinem guten Weg. Kurzfristig sanken die Emissionen zwar coronabedingt. Doch von 2021 bis 2023 werden sie wohl zu hoch sein, wie der neue grüne Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, in seiner „Eröffnungsbilanz Klimaschutz“ prognostiziert. Die bisherigen Maßnahmen seien in allen Sektoren unzureichend. Laut Habecks Programm, das er im Januar vorstellte, muss sich das Tempo der Emissionsminderung bis 2030 mehr als verdoppeln. Um die Klimaziele zu erreichen, will die neue Regierung unter anderem:

- zwei Prozent der Landesfläche für Windkraft verfügbar machen – viermal mehr als bisher,
- auf gewerblichen Neubauten verpflichtend Solarstrom erzeugen lassen,
- die Produktion grünen Wasserstoffs hochfahren,
- bis 2030 eine Million öffentliche Ladepunkte für Elektrofahrzeuge schaffen und
- die Verfahren für den Bau erneuerbarer Energien beschleunigen.

Die Spitzenverbände der Wirtschaft sind diesen Plänen im Wesentlichen nicht abgeneigt. Sie wissen, dass Deutschland ein enormer struktureller Wandel bevorsteht. Von der Politik erwarten sie vor allem Rahmenbedingungen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit erlauben – etwa eine zuverlässige Infrastruktur, niedrige Energie- und Stromkosten sowie weniger Bürokratie.

Von Umweltschutzorganisationen kommt einerseits Zustimmung für Habecks Pläne, insbesondere für den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien. Andererseits argumentieren sie, die deutschen Klimaziele seien noch immer nicht kompatibel mit dem 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens. Auch der Klimabewegung Fridays for Future gehen die Maßnahmen nicht weit genug.

Auch die Umsetzung der Regierungspläne stößt schon jetzt auf Widerstände. Beispielsweise gelten in einigen Bundesländern Regelungen, die dem geplanten Ausbau der Windkraft entgegenstehen. Vielerorts protestiert die Bevölkerung gegen den Bau neuer Stromtrassen oder Windräder. Mit Blick darauf betonte Habeck, dass es sich nicht nur um eine technische Debatte handle, sondern eine gesellschaftliche, mit erheblichen sozialen und kulturellen Dimensionen.

Worin sich Politik und Wirtschaft einig sind: Die Transformation des Landes hin zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz birgt nicht nur Konfliktpotenzial, sondern auch große Chancen. Deutschland könnte es so gelingen, innovative Lösungen für Probleme zu entwickeln, die auch in anderen Ländern von Interesse sind. So ließen sich Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Wohlstand nachhaltig sichern. Bis dahin ist es allerdings noch ein weiter Weg.

**LINK**

**Eröffnungsbilanz Klimaschutz des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz:**  
[https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/220111\\_eroeffnungsbilanz\\_klimaschutz.html](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/220111_eroeffnungsbilanz_klimaschutz.html)



**JÖRG DÖBEREINER**  
 ist Redakteur von E+Z  
 Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.

[euз.editor@dandc.eu](mailto:euз.editor@dandc.eu)



Robert Habeck zeigt die Emissionsentwicklung in Deutschland, Januar 2022.



WACHSTUMS- UND KONSUMKRITIK

# Nachhaltige Zukunft gemeinsam gestalten

**Gesellschaften und Wirtschaftssysteme müssen auf mehr Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz umgestellt werden. Dies ist die größte Herausforderung, vor der die Menschheit steht. Experten schlagen verschiedene Lösungen vor. Eine von ihnen ist die deutsche Politökonomin Maja Göpel, die sich seit Jahren mit diesen Fragen beschäftigt. Sie stellt etablierte Denkweisen in Frage und will ein Umdenken bewirken.**

Von Sabine Balk

Göpel hatte bereits bedeutende Positionen in wichtigen Gremien inne, unter anderem war sie Generalsekretärin des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). Für die Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft fordert sie, Produktivität und Wirtschaften neu zu denken, zu messen und zu organisieren, so dass die planetaren Grenzen und Ökosystemdienstleistungen ernst genommen werden. Nicht Wachstum und individueller Reichtum sollten Ziel der Gesellschaft sein, sondern individuelles wie gesellschaftliches Wohlbefinden.

In ihrem Buch „Unsere Welt neu denken“ führt sie in einem thematischen Rundumschlag die Spannungsfelder auf, in denen sich die Menschheit derzeit befindet, und legt die „großen Linien des heute zu spürenden Zeitenwandels“ dar. Sie will Ideen anbieten, die zwischen den „scheinbar unauflösbaren Positionen der Bewahrer\*innen und Blockierer\*innen“ und denen, die verändern wollen, vermitteln, um zu einer „gemeinsamen nachhaltigen Zukunft“ zu gelangen.

## PLANETARE GRENZEN

Sie macht sehr deutlich, dass es ein „Weiter so“ wie bisher nicht geben kann, weil die Menschheit sich sonst selbst die Lebensgrundlagen entzieht. Wachstum und Ressourcennutzung finden dann ein Ende,

„wenn der Natur mit ihren Ökosystemen die Fähigkeit genommen wird, sich verlässlich zu regenerieren“.

Das derzeitige Wirtschaftssystem beachtet planetare Grenzen nicht und zielt weiterhin auf ein ungebremstes Wachstum ab, wie Göpel schreibt. Dass dies auf Dauer nicht so weitergehen kann, ist der Wissenschaft bereits seit den 1970er-Jahren bekannt und einer breiten Weltöffentlichkeit seit rund 20 Jahren. Geändert hat sich am Ressourcenverbrauch aber bislang wenig. Warum dies so ist, erklärt Göpel so: „Wir haben uns geweigert, die neue Realität wirklich anzusehen. Wir haben uns bald fünfzig Jahre in einer Scheinrealität eingerichtet, in der wir statt biologischen Indikatoren lieber monetären gefolgt sind.“

Dies offenbart sich laut der Wissenschaftlerin sehr klar im vorherrschenden Wirtschaftssystem, das die ganze „menschliche Anmaßung“ offenbare. „Indem der Mensch die natürlichen Systeme seinem Bedarf unterwirft, reduziert er ihre Vielfalt, macht sie verletzlich und braucht einen

immer größeren Aufwand, um sie zu stabilisieren.“ Menschliche Systeme seien nicht nachhaltig und müssten notgedrungen zusammenbrechen, wenn wir nicht lernen, sie umzubauen, mahnt sie.

## NEUE GEISTESHALTUNG

Göpel betont, die Menschheit müsse zunächst die Regeln erkennen, nach denen sie ihr Wirtschaftssystem aufgebaut hat. Erst dann könne sie es verändern. Sie plädiert dafür, neu zu definieren, „was Wohlstand für Menschen übermorgen ausmacht“. Eine neue Sprache und Begrifflichkeit hält sie für entscheidend – wie auch neue Konzepte, „die ausdrücken, was wir künftig wichtig finden“. Bislang bedeute Wachstum Planetenzerstörung und Wertschöpfung reine Geldvermehrung. Diese Geisteshaltung müsse sich ändern.

Die Wissenschaftlerin sieht auch die soziale Gerechtigkeit als Schlüssel für nachhaltiges Wirtschaften. Sie hat dabei Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaften, aber auch zwischen reichen und armen Ländern im Blick. Ein Gerechtigkeitsproblem sieht sie darin, dass reiche Länder umweltschädliche Industrien in arme Länder auslagern und deren Rohstoffe ausbeuten. Innerhalb von Gesellschaften, in denen die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft, sei der soziale Zusammenhalt und die empfundene Lebensqualität in Gefahr.



Black-Friday-Einkauf in New Jersey, USA.

Göpel beschäftigt sich auch mit der Rolle des technologischen Fortschritts für die von ihr beschriebene Transformation. Sie bedauert, dass Technik bislang in ökologischen Fragen häufig nicht mitgedacht wird. Technische Lösungen bedeuten zugleich Chancen wie auch Risiken (siehe Sabine Balk in der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2019/07): E-Autos oder Hochleistungsinternet verbrauchen einerseits viele Ressourcen und heizen so die Erder-

wärmung an; auf technologischen Lösungen, die CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre holen könnten, ruhen aber wiederum auch große Hoffnungen.

In „Unsere Welt neu denken“ liegt der Fokus der Autorin darauf, Lesern die Problemstellung deutlich zu machen. In ihrem 2016 auf Englisch erschienenen Buch „The Great Mindshift“ konzentriert sie sich auf die Umsetzung von Transformationsprozessen (siehe Kasten).

LITERATUR

Göpel, M. 2021: *Unsere Welt neu denken*. Ullstein, Berlin.



**SABINE BALK**  
ist Redakteurin von E+Z  
Entwicklung und  
Zusammenarbeit/D+C  
Development and

Cooperation.

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

## Der große Bewusstseinswandel

Die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung ist eine äußerst komplexe Herausforderung für das gesellschaftliche System. In „The Great Mindshift“ erörtert die Sozialwissenschaftlerin Maja Göpel, wie Transformationsprozesse gelingen können. Das auf Englisch erschienene Buch steht als Download kostenlos zur Verfügung.

Die Koordinierung eines tiefgreifenden und dauerhaften Systemwandels sei weder eine Einzelmaßnahme noch ein linear Prozess, zitiert Göpel das UN-Umweltprogramm (UNEP). Das zeige sich zum Beispiel darin, dass die Regeln eines Systems oft aus einer veränderten Denkweise entstehen. Diese Regeln können ihrerseits aber auch die Änderung der Denkweise unterstützen. Um die großen Herausforderungen der Menschheit meistern zu können, braucht es nach Ansicht der Wissenschaftlerin einen elementaren Wandel des derzeitigen Denkens und der Geisteshaltung (siehe Haupttext). Regeln und Anreize könnten solche strukturellen Änderungen bewirken. Sie seien entscheidend und könnten einen starken Einfluss auf das Systemverhalten ausüben, das

sich dadurch dauerhaft ändern könne.

In erfolgreichen Transformationsprozessen wird das neue Ziel – wie beispielsweise eine Neudefinition des Wachstumsbegriffs – laut Göpel langsam, aber sicher zur Norm. Das Ziel wird durch eine Reihe von Institutionen, sozialen Beziehungen und Ideen produziert und reproduziert.

Maja Göpel erklärt: „Für mich geht es nicht so sehr darum, dass wir eine Alternative zu Freiheit und Wohlstand oder gar Wachstum finden müssen. Wir müssen ihre Bedeutung für eine Welt mit 9 Milliarden statt einer Milliarde Menschen zurückerlangen.“ Den Menschen von heute mangle es an geistiger Führung. Die Kommerzialisierung und Homogenisierung von Produktion und Konsum schränken die Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung ein, als sie zu erweitern.

In Anspielung auf das Phänomen der Aufklärung im 18. Jahrhundert plädiert Göpel für eine neue „zweite Aufklärung“ im 21. Jahrhundert. Die Aufklärung bezeichnet eine Entwicklung, die durch rationales Denken Strukturen überwinden wollte, die Fortschritt behindern. Sie stellte etwa wis-

senschaftliche Erkenntnisse über religiösen Glauben. Göpel hält eine aufklärerische, neue Geisteshaltung in folgenden Bereichen für essenziell:



Maja Göpel 2021 bei „Fridays for Future“-Demo.

- Fortschritt soll nicht nur eine Leistung sein, die in Geld gemessen wird. Fortschritt sollte vielmehr gerecht und ausgewogen sein, gemessen an differenzierten sozialen, ökologischen und kulturellen Indikatoren.
- Freiheit sollte nicht als unendlicher individueller Konsum begriffen werden, sondern sollte menschliche Sicherheit und Zufriedenheit verkörpern: Es sollte eine Freiheit von der

Angst sein, im Wettlauf um die Ressourcen ins Hintertreffen zu geraten, und eine Freiheit von dem Gefühl des endlosen Mangels, das mittlerweile in unserer Kultur verankert ist und das unser Wohlbefinden behindert.

- Wohlstand sollte nicht immer mehr Konsummöglichkeiten verkörpern, sondern er kann eine neue Bedeutung erhalten: ein ganzheitliches Verständnis der menschlichen Bedürfnisse und diversifizierte Strategien der Bedürfnisbefriedigung.
- Wirtschaftswachstum sollte kein Selbstzweck sein, sondern verschiedene Arten von Wirtschaftsleistung und -tätigkeit könnten als Mittel zum Zweck dienen, um den Wohlstand innerhalb der planetaren Grenzen zu sichern.

Göpel lobt, dass viele der UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) diesen Prinzipien entsprächen. Sie kritisiert jedoch, dass die SDGs dogmatisch das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts und höhere Einkommen auch für die Reichen propagieren. SB

LITERATUR

Göpel, M., 2016: *The Great Mindshift*.  
<https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2F978-3-319-43766-8.pdf>

„Während der Pandemie haben wir mehr Wälder, Grasland und Feuchtgebiete verloren, als wir das normalerweise tun“, erklärt der ugandische Klimaforscher David Mfitumukiza in unserem Interview.

**Seite 20**

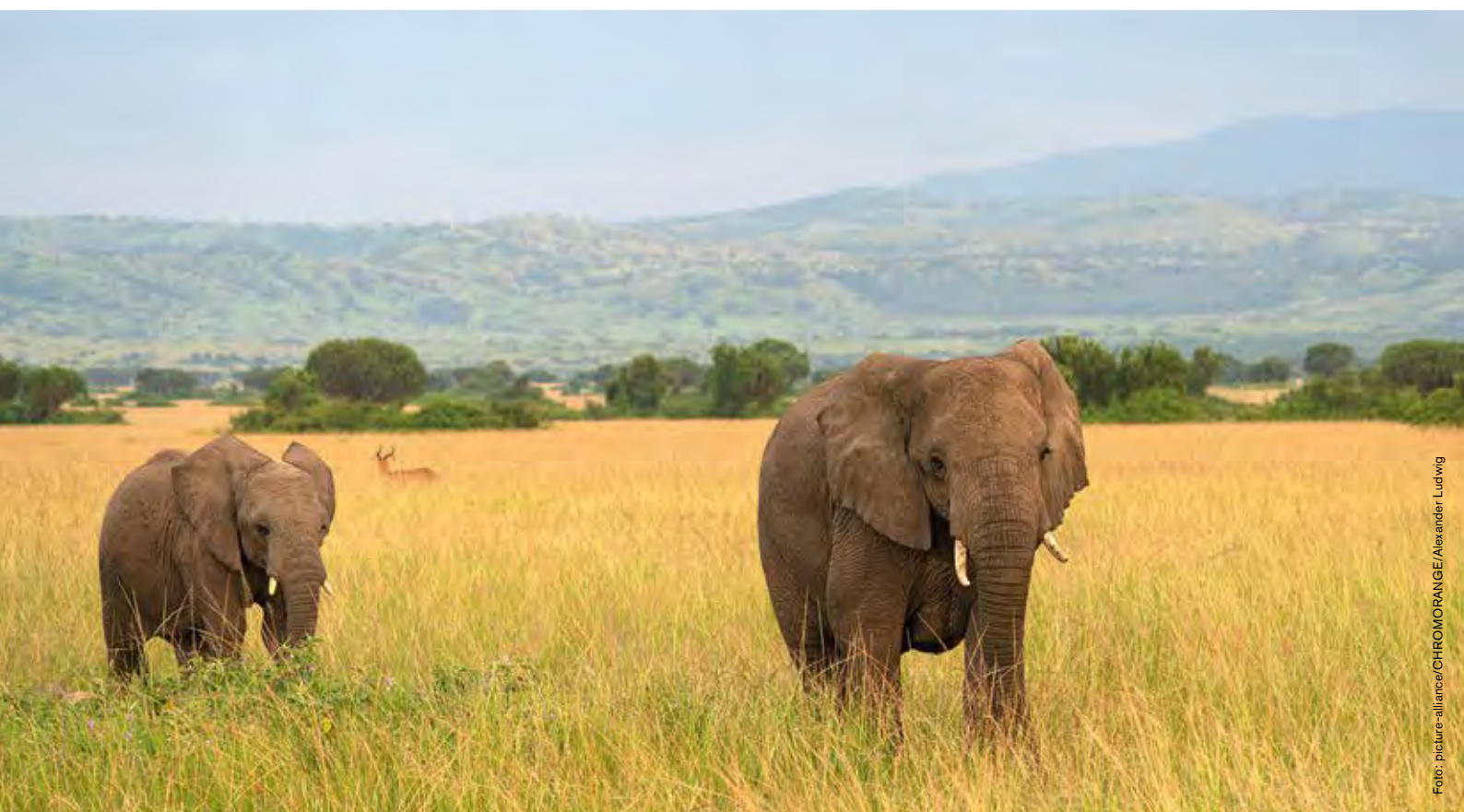


Foto: picture-alliance/CHROMORANGE/Alexander Ludwig